Die Europawahlen 2019

Hannover, 24. April 2019

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Agenda

- **Rückblick Wahlkampf**
- Rückblick Wahl
- Ausblick Wahl 2019
- Herausforderungen

HINWEIS:

Oft kommt nach einer Folie eine weitere Folie mit Erläuterungen bzw. Erklärungen zu Abkürzungen!

Wahlplakate in Deutschland

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Wahlplakate in anderen Mitgliedstaaten

- Bewertung der Wahlkampagne mit Fotos der Wahlplakate:

- CDU: Merkel und max. McAllister in Deutschland - nicht Juncker
- SPD: Schulz „aus Deutschland für Europa“, später: „*Nur wenn* Sie Martin *Schulz* und die SPD wählen, kann ein *Deutscher* Präsident der EU-Kommission werden!“
- Plakatierung in anderen Ländern?

Der „Europäer“ Martin Schulz?

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

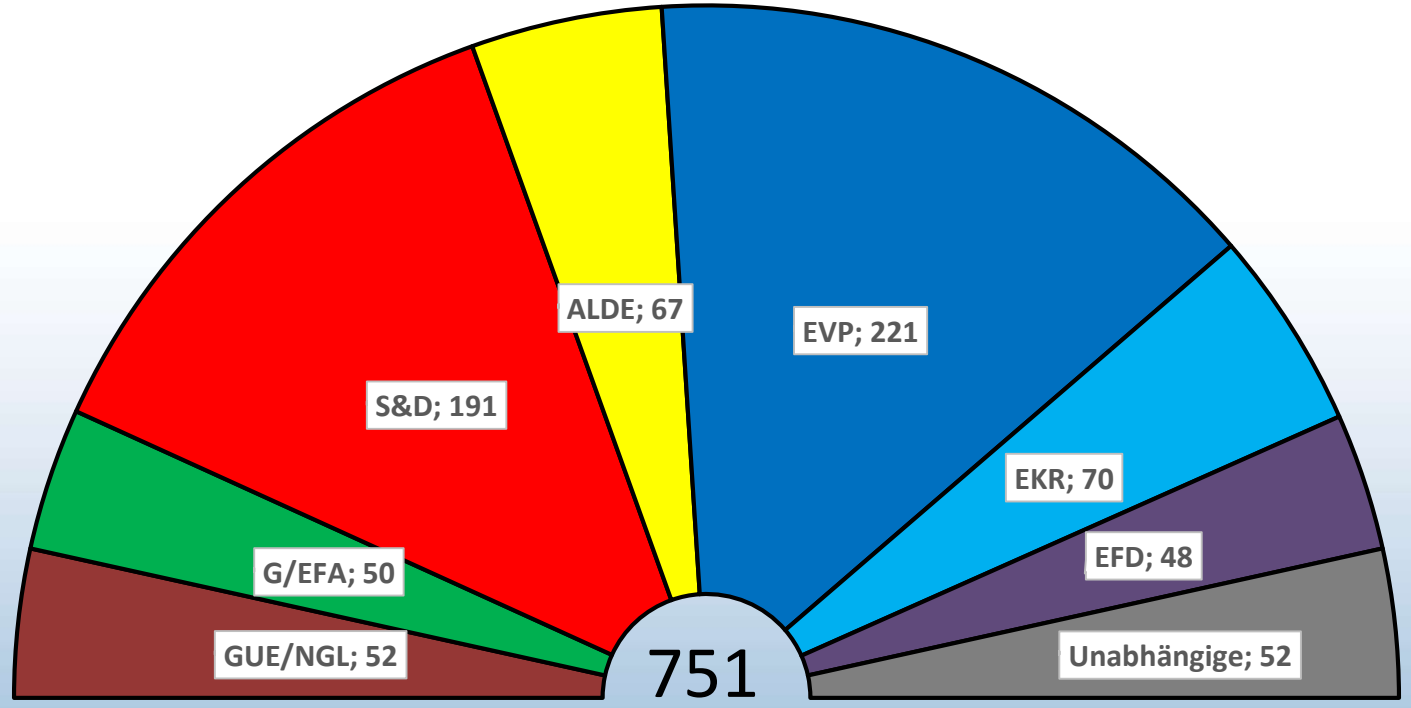
- Zu Schulz' Verteidigung ist zu sagen: Die anderen sind auch nicht besser, was die Aussagekraft von Wahlplakaten angeht. Die Union plakatiert die Kanzlerin. Die ist zwar auch Deutsche, steht aber gar nicht zur Wahl.
- Anzeigenschaltung in BILD etc. (linkes Motiv). Dazu der Kommentar in der Welt v. 24.5.14:
- „Wer Europa ernst meint, dem müsste die Nationalität des Präsidenten egal sein. Wer Europa ernst meint, dem müsste egal sein, ob dieser Präsident aus dem eigenen Heimatland stammt. Denn dieser Präsident wäre zum Beispiel nicht dazu gewählt, nationalstaatliche Interessen zu vertreten.“
- Oder die Süddeutsche v. 24.5.14:
- „ Schulz aus Schland - Aufregung im Netz um SPD-Spitzenkandidaten“ - Twitter-Nutzer hauen Martin Schulz den Spruch in der Zeitungsanzeige nun ordentlich um die Ohren. Mit Witzen wie: "Deutsche, wehrt euch! Wählt nicht beim Luxemburger! Oder: "Goebbels anerkennend: 'Könnte von mir sein, der Spruch." (@Eva Hitler).
- SPIEGEL-Interview (Bild rechts): http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-119402589.html
- Achtung: das rechte Motiv existiert in dieser Form nicht 1:1!

Agenda

- Rückblick Wahlkampf
- **Rückblick Wahl**
- Ausblick Politik in den Mitgliedsstaaten
- Herausforderungen

- Rund 412,88 Millionen Europäer in den 28 Mitgliedstaaten waren bei der Europawahl aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. In Deutschland waren rund 61 Millionen Bürger wahlberechtigt.
- Die Wahlbeteiligung lag europaweit bei 43,11% (2009: 43,0%).
  751 Abgeordnete gehören dem neuen Europäischen Plenum an.
- Deutschland stellt als größtes EU-Land mit 96 Sitzen die meisten Parlamentarier.
- In Deutschland bewarben sich 1.053 Kandidaten um diese Mandate, darunter 327 Frauen (31%). Zur Wahl standen 25 Parteien und politische Vereinigungen. Jeder Wahlberechtigte konnte eine Stimme vergeben.
- Zum ersten Mal galt in Deutschland keine Sperrklausel
- →dieses mal auch nicht!

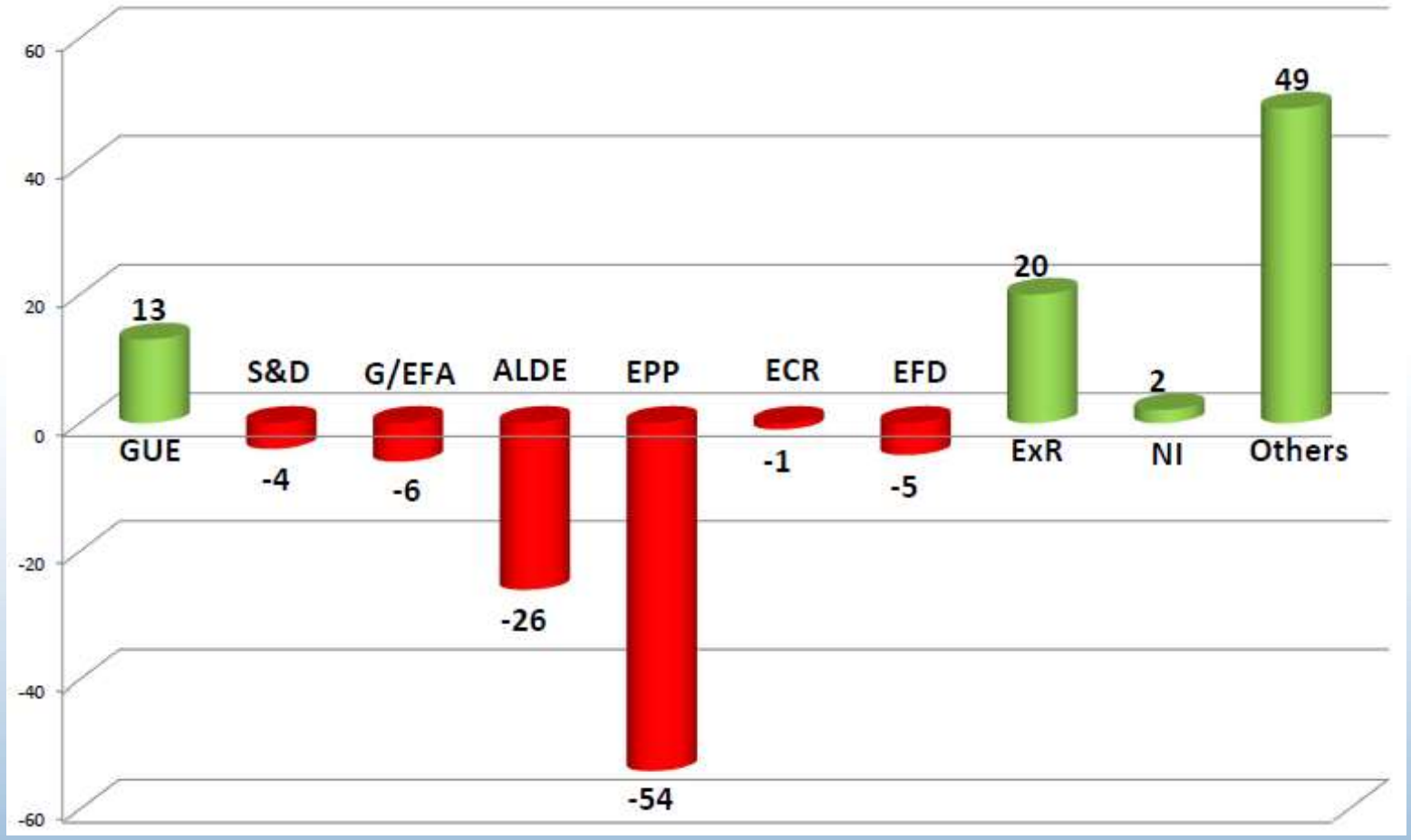
Ergebnis Europawahl 2014



Dr. jur. Stefan Gehrold | Member of the European Parliament| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

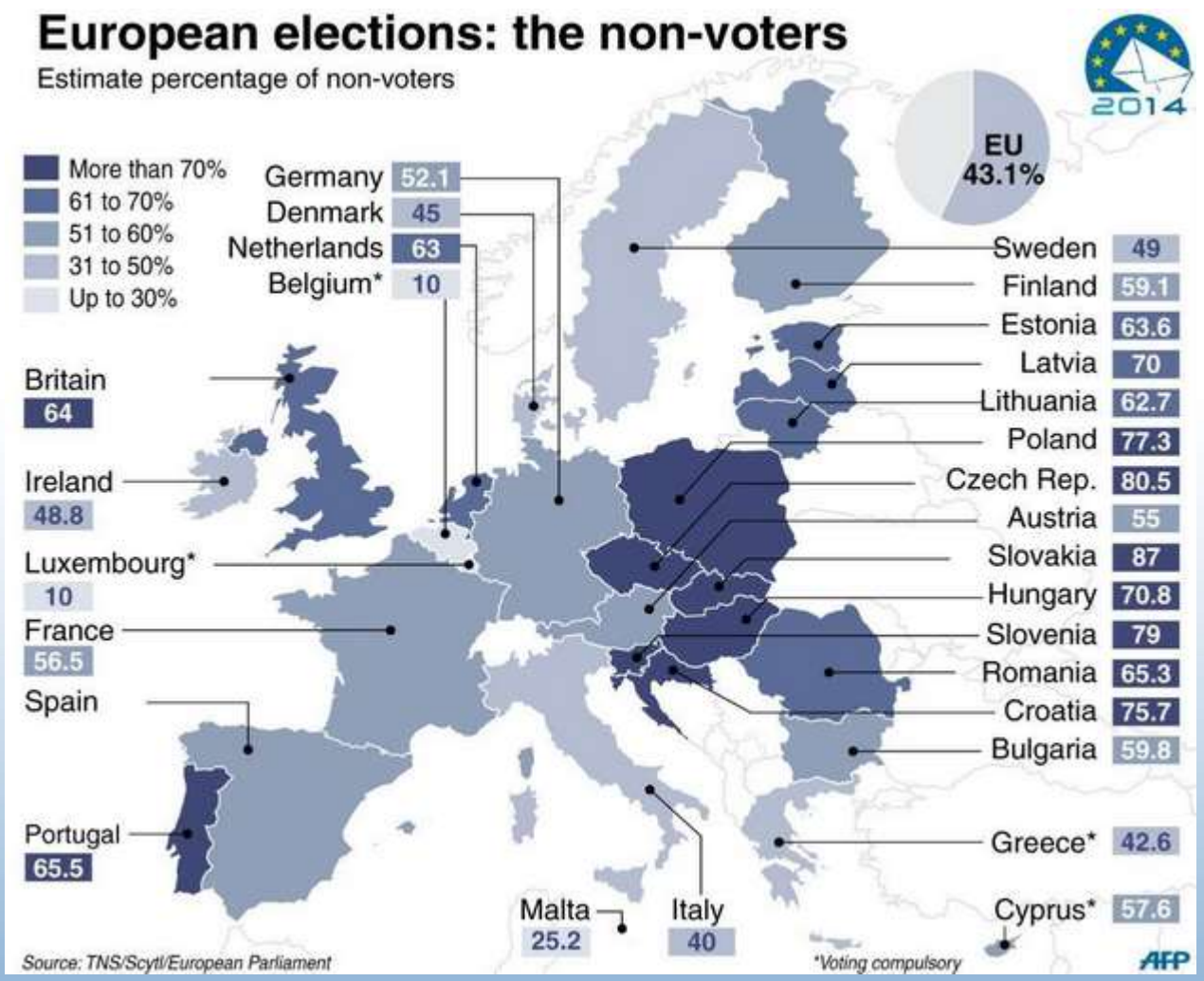
Quelle: Europäisches Parlament http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/en/election-results-2014.html

Gewinne und Verluste 2014



Quelle: Europäisches Parlament

Anteil der Nichtwähler bei der Europawahl



Wahlbeteiligung EU-weit bei 43,11 Prozent

In der Slowakei gaben offenbar nur 13 Prozent der Wähler ihre Stimme ab.
400 Millionen Menschen in 28 Staaten waren aufgerufen, bei der Europawahl ihre Stimme abzugeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 43,1 Prozent und damit nur unwesentlich über dem historischen Tiefstand 2009. Damals hatten 43 Prozent der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.
Vor allem in den osteuropäischen Ländern war das Interesse eher gering. In der Slowakei nahmen nur 13 Prozent der Stimmberechtigten an der EU-Wahl teil, ein historischer Negativrekord. Auch 2009 war die Wahlbeteiligung in der Slowakei mit 19,6 Prozent die niedrigste aller EU-Länder. In Tschechien gingen 19,5 Prozent zur Wahl. Am stärksten war die Wahlbeteiligung in Belgien und Luxemburg. Dort lag sie bei jeweils 90 Prozent. In beiden Ländern gibt es eine formelle Wahlpflicht.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Analyse Europa

- Trotz Verlusten deutlicher Sieg für die Europäische Volkspartei.
- Die Europäische Volkspartei (EVP) hat zum vierten Mal in Folge die Wahl zum Europäischen Parlament gewonnen. Sie wird mit 221 Sitzen vertreten sein.
- Zweite Kraft sind die Sozialisten (S&D), die mit rund 190 Sitzen ihr Resultat entgegen den Prognosen nicht verbessern konnten.
- Erfolge für Europaskeptiker und Populisten in Frankreich und Großbritannien, Griechenland und Italien. In den Niederlanden, Belgien oder Finnland bleiben sie hinter den eigenen Erwartungen zurück.
- In Griechenland wird das kommunistische Bündnis der radikalen Linken, "Syriza", stärkste Kraft, in Frankreich der rechtsextreme Front National

Erfolge für Rechtspopulisten auch in anderen Ländern

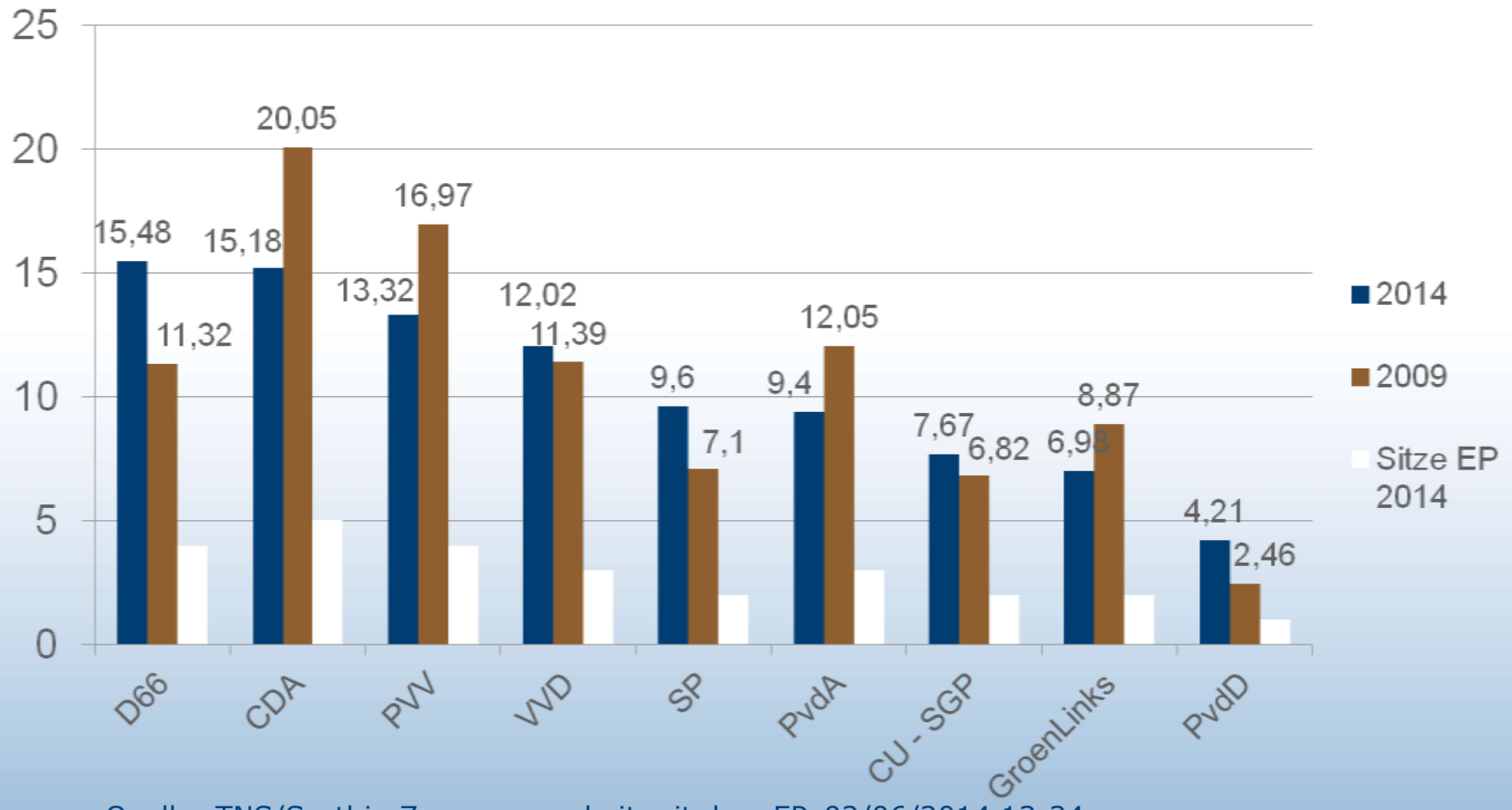
Auch in anderen europäischen Ländern konnten rechtspopulistische Parteien Stimmen dazugewinnen. In Dänemark wurde die rechtspopulistische Dänische Volkspartei stärkste Kraft. Nach einer Prognose, die der dänische Rundfunksender DR veröffentlichte, bekam die Partei 23,1 Prozent der Stimmen. Die Sozialdemokraten von Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt landeten demnach mit 20,2 Prozent der Stimmen nur auf Platz zwei.
In Finnland holte die Partei "Wahre Finnen" laut vorläufigem Endergebnis 12,9 Prozent. In Schweden erreichten die rechtspopulistischen Schwedendemokraten laut einer Hochrechnung nach Auszählung fast aller Wahllokale 9,7 Prozent - und ziehen damit sicher ins Europaparlament ein.
In Österreich konnte die rechtspopulistische FPÖ ihren Stimmenanteil deutlich ausbauen. Dem vorläufigen Ergebnis zufolge kamen die Freiheitlichen auf 20,5 Prozent, knapp acht Punkte mehr als 2009. Dies bedeutet den dritten Platz hinter der konservativen Volkspartei (ÖVP) mit 27,3 Prozent und der sozialdemokratischen SPÖ mit 24,2 Prozent.

Linksradikale gewinnen in Griechenland

In Griechenland wurde das oppositionelle Bündnis der radikalen Linken, "Syriza", stärkste Kraft. Nachdem rund 95 Prozent der Stimmen ausgezählt waren, kam die Partei von Alexis Tsirpas auf 26,5 Prozent. Die zusammen mit den Sozialisten regierende konservative Nea Dimokratia landete mit 23 Prozent auf dem zweiten Platz. Die rechtsradikale Goldene Morgenröte eroberte mit 9,4 Prozent Rang drei.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Niederlande - Kein Triumph für Populisten



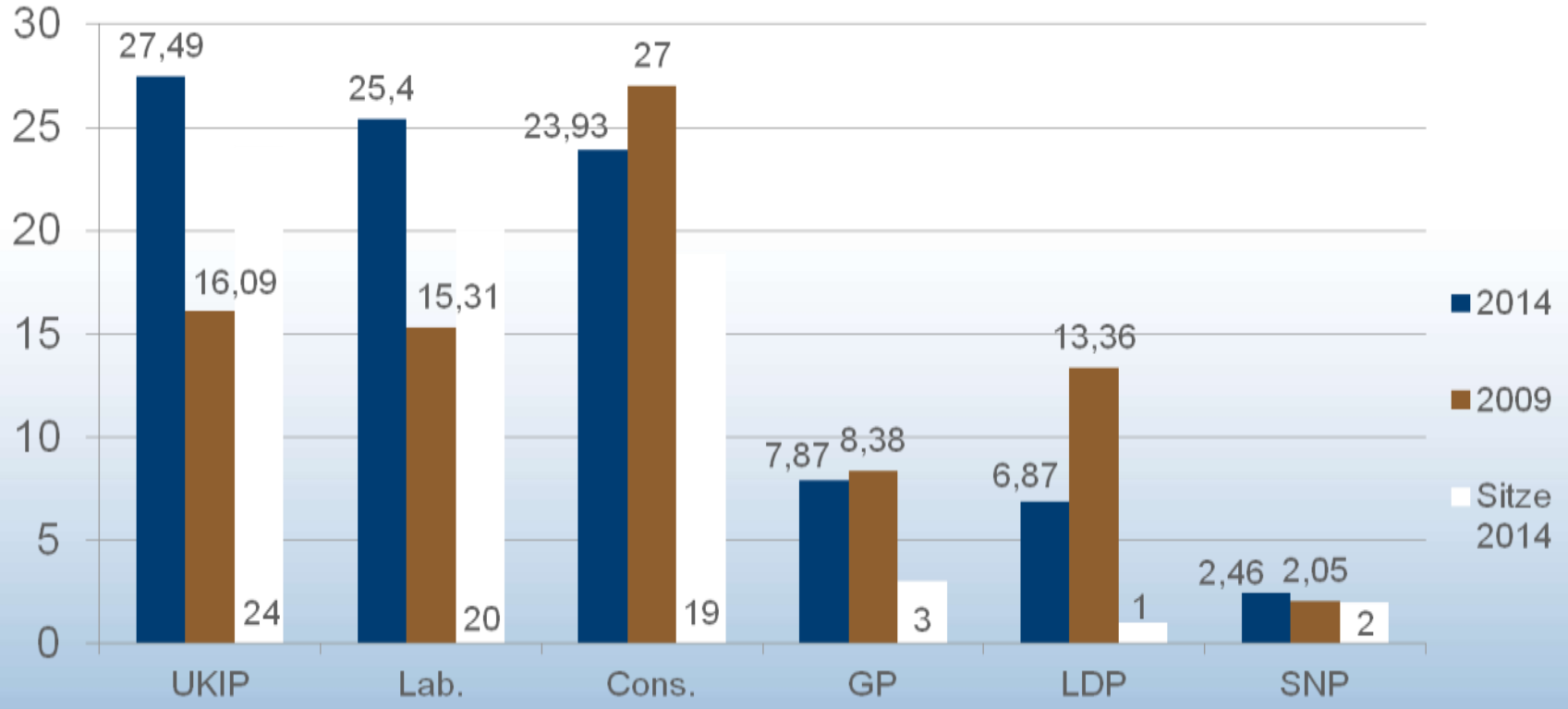
Quelle: TNS/Scytl in Zusammenarbeit mit dem EP, 02/06/2014 13:34

- Die linksliberale und proeuropäische D66 wurde mit 15,4% der Stimmen stärkste Kraft und entsendet vier Abgeordnete (von 26) in das Europaparlament.

- Auch in den Niederlanden setzten sich die europafreundlichen Kräfte durch. Stärkste Partei wurden laut vorläufigem Endergebnis die Christdemokraten, die fünf Mandate erzielten. Die linksliberale Partei D66 wird mit vier Abgeordneten ins EU-Parlament einziehen. Die Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders wurde mit derzeit 13,2 Prozent drittstärkste Kraft und gewinnt demnach vier Mandate. Insgesamt stellen die Niederlande 26 Abgeordnete im Europaparlament.

Großbritannien – Klarer Sieg für UKIP

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament hat die europakritische und rechtspopulistische UKIP einen klaren Wahlsieg erringen können.



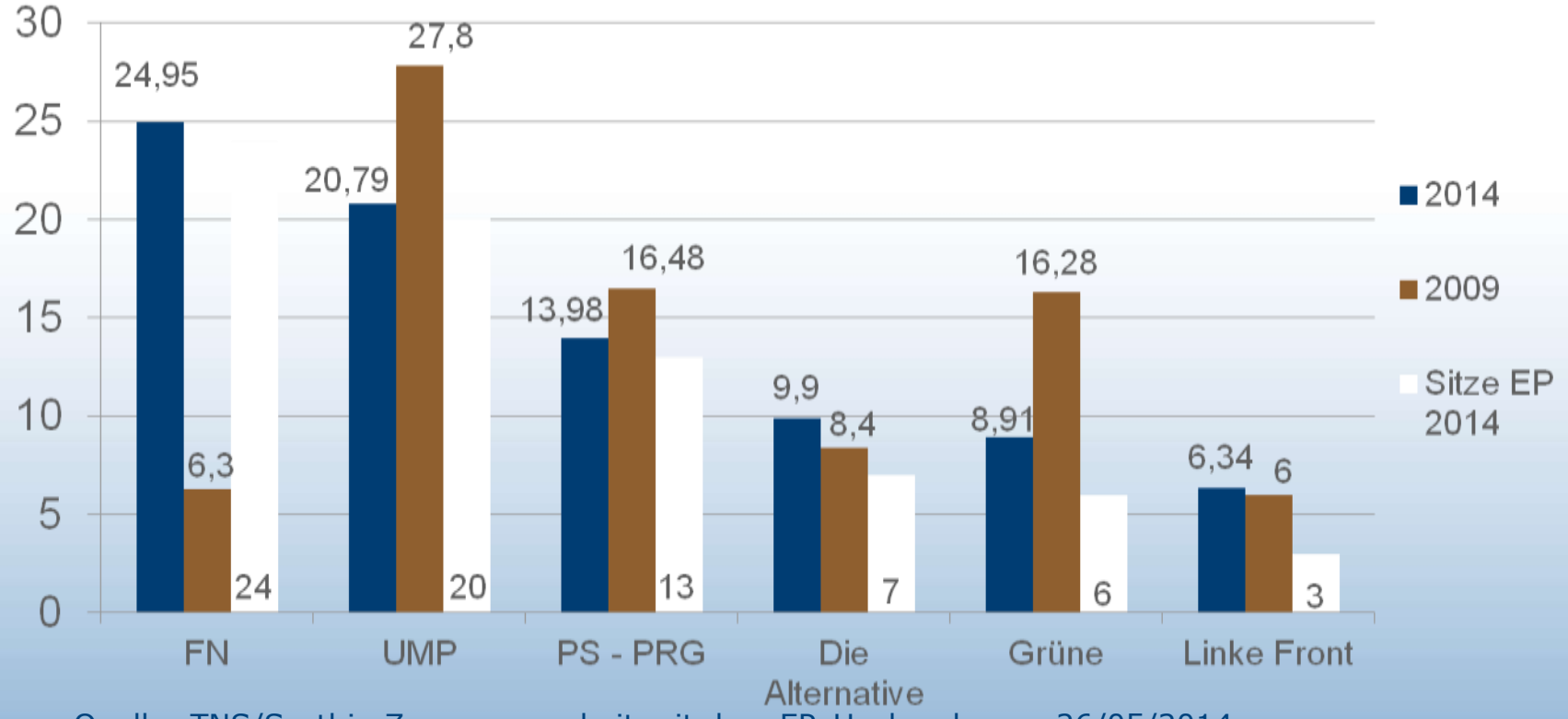
Quelle: TNS/Scytl in Zusammenarbeit mit dem EP, Hochrechnung 28/05/2014

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

UKIP :	**United Kingdom Independence Party**
Lab. :	**Labour Party**
Cons. :	**Conservative Party**
GP :	**Green Party**
LDP :	**Liberal Democrats Party**
SNP :	**Scottish National Party**

Frankreich – Politisches Erdbeben

Der rechtsextreme FN wird mit 24,95% (24 Sitzen) stärkste Partei, die sozialistische Partei kommt gerade noch auf 13,98% (14 Sitze) und landet hinter FN und UMP weit abgeschlagen auf dem dritten Rang.



Quelle: TNS/Scytl in Zusammenarbeit mit dem EP, Hochrechnung 26/05/2014

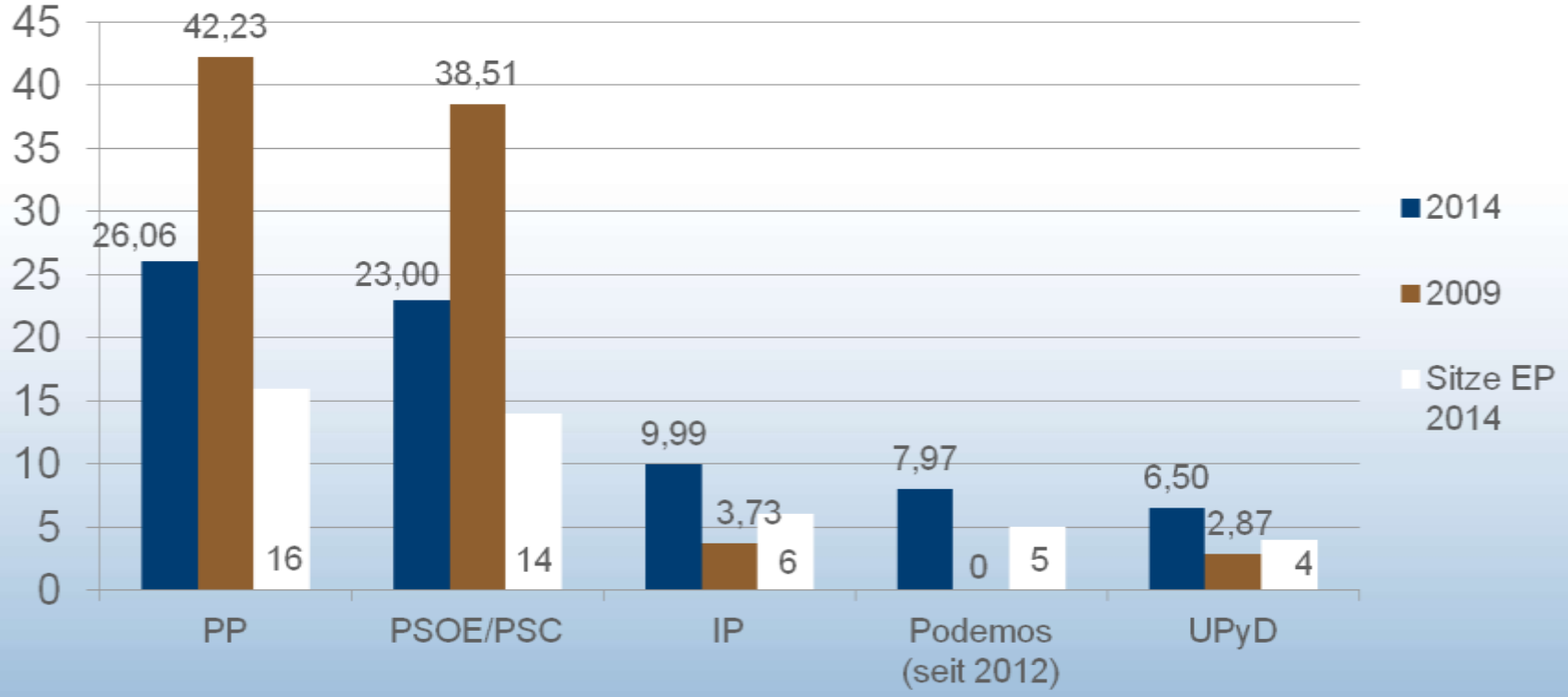
FN :	**Front national**
UMP :	**Union pour un Mouvement Populaire**
PS - PRG :	**Parti Socialiste - Parti radical de gauche**
Alternative (UDI+MoDem) :	**Coalition (Union des Démocrates et Indépendants + Mouvement Démocrate)**
Europe écologie :	**Europe Ecologie**
FG (PCF+PG+Ens.+et al.) :	**Coalition Front de gauche (Parti Communiste Français + Parti de Gauche + Ensemble + Front de gauche)**

In Frankreich hat der rechtsextreme Front National (FN) von Marine Le Pen die meisten Stimmen bei der Europawahl geholt. Die Partei bekam 25 Prozent der Stimmen. Bei der vorangegangenen Wahl 2009 hatte der FN noch bei 6,3 Prozent gelegen.

Die regierenden Sozialisten von Präsident François Hollande mussten mit knapp 14 Prozent erneut eine schwere Schlappe hinnehmen (2009: 16,5 Prozent). Die konservative UMP wurde mit 20,8 Prozent zweitstärkste Kraft, musste aber auch Verluste verkraften (2009: 27,9 Prozent).

Spanien

Die Volkspartei von Ministerpräsident Mariano Rajoy hat bei der Europawahl in Spanien acht Mandate verloren, ihr Stimmanteil ging von 42 auf 26% zurück.

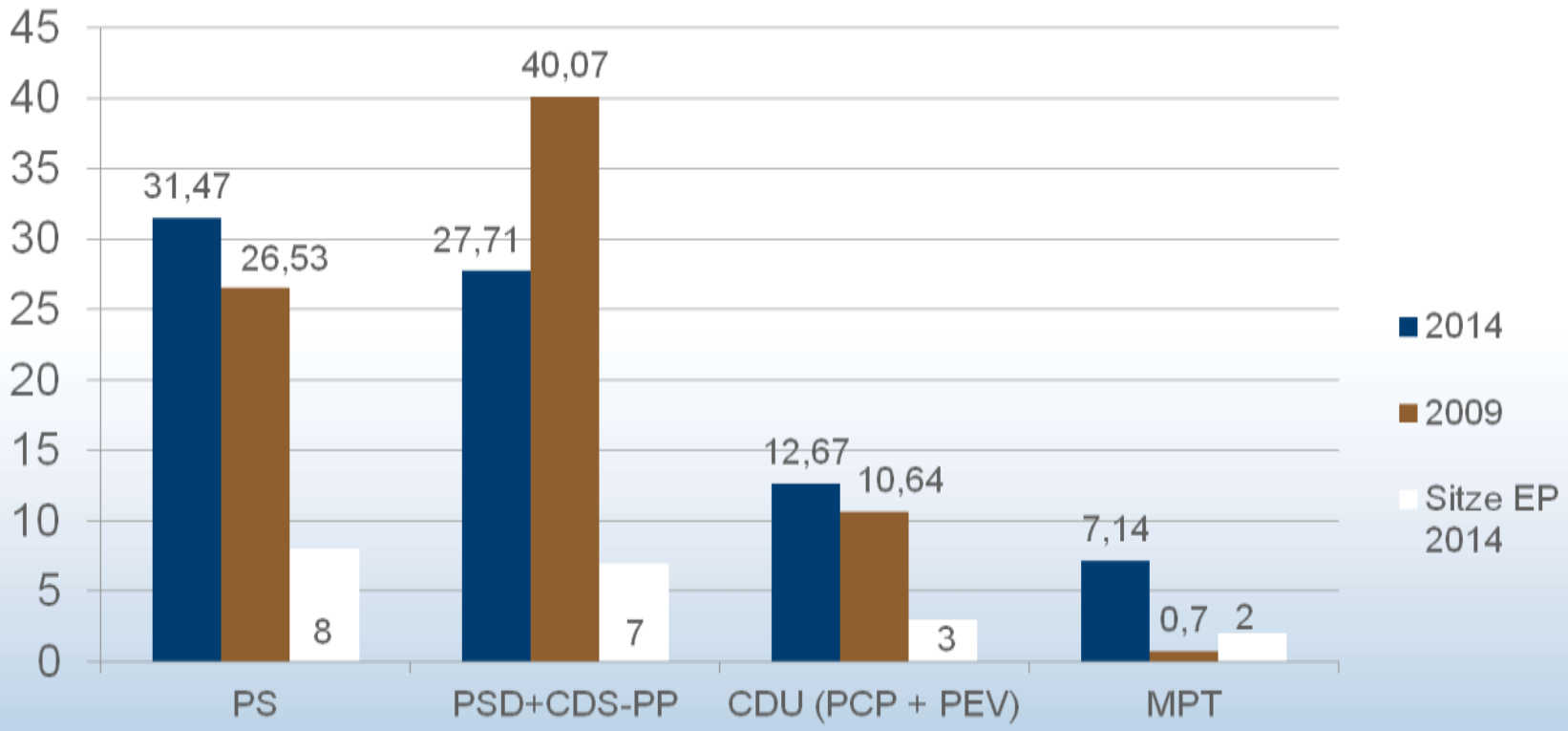


Quelle: TNS/Scytl in Zusammenarbeit mit dem EP, Hochrechnung 26/05/2014

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

PP :	**Partido Popular**
PSOE/PSC :	**Partido Socialista Obrero Español**
IP (IU+ICV+Anova+et al.) :	**Coalition Izquierda Plural (Izquierda Unida (GUE/NGL) + Iniciativa per Catalunya Verds (GREENS/EFA) + Anova Nationalist Brotherhood (GUE/NGL) + et al.)**
Podemos :	**Por la Democracia Social, Partei ist aus der Bewegung des 15-M (Proteste in Spanien 2011/2012) hervorgegangen. Der Vorsitzende Pablo Iglesias Turrión ist Titularprofessor der Politikwissenschaften an der Universität Complutense in Madrid und TV-Moderator.**
UPyD :	**Unión Progreso y Democracia**

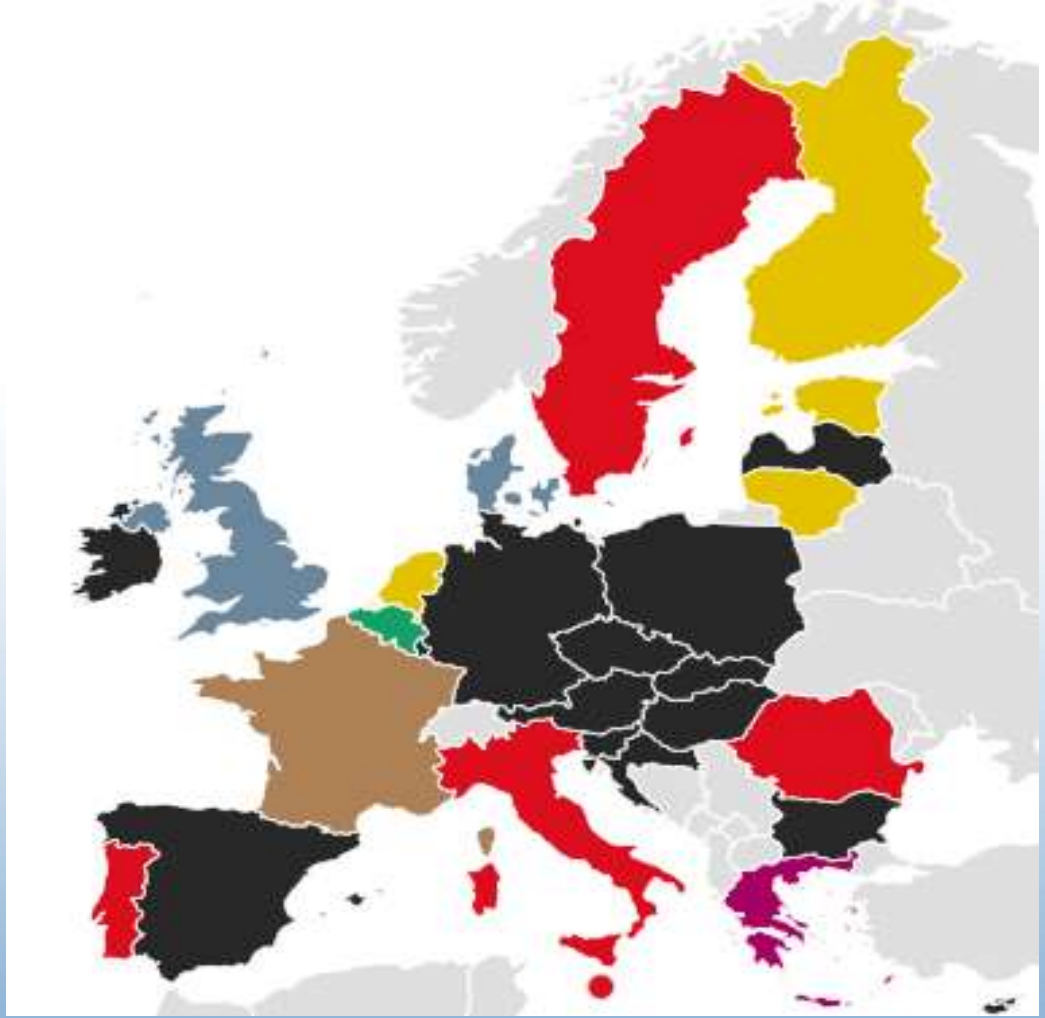
Portugal



Quelle: TNS/Scytl in Zusammenarbeit mit dem EP, Hochrechnung 27/05/2014

PS :	**Partido Socialista**
Coal. (PSD + CDS-PP) :	**Coalition (Partido Social Democrata + Centro Democrático Social/Partido Popular)**
CDU (PCP + PEV) :	**Coligação Democrática Unitária (Partido Comunista Português + Partido Ecologista os Verdes)**
MPT :	**Partido da Terra = *Bewegung die Partei der Erde*, ist eine ökologisch ausgerichtete, eher konservative Kleinpartei – Zur Europawahl 2009 kooperierte die MPT mit der paneuropäischen, EU-skeptischen Partei Libertas.**

Mehrheiten in den EU-Staaten

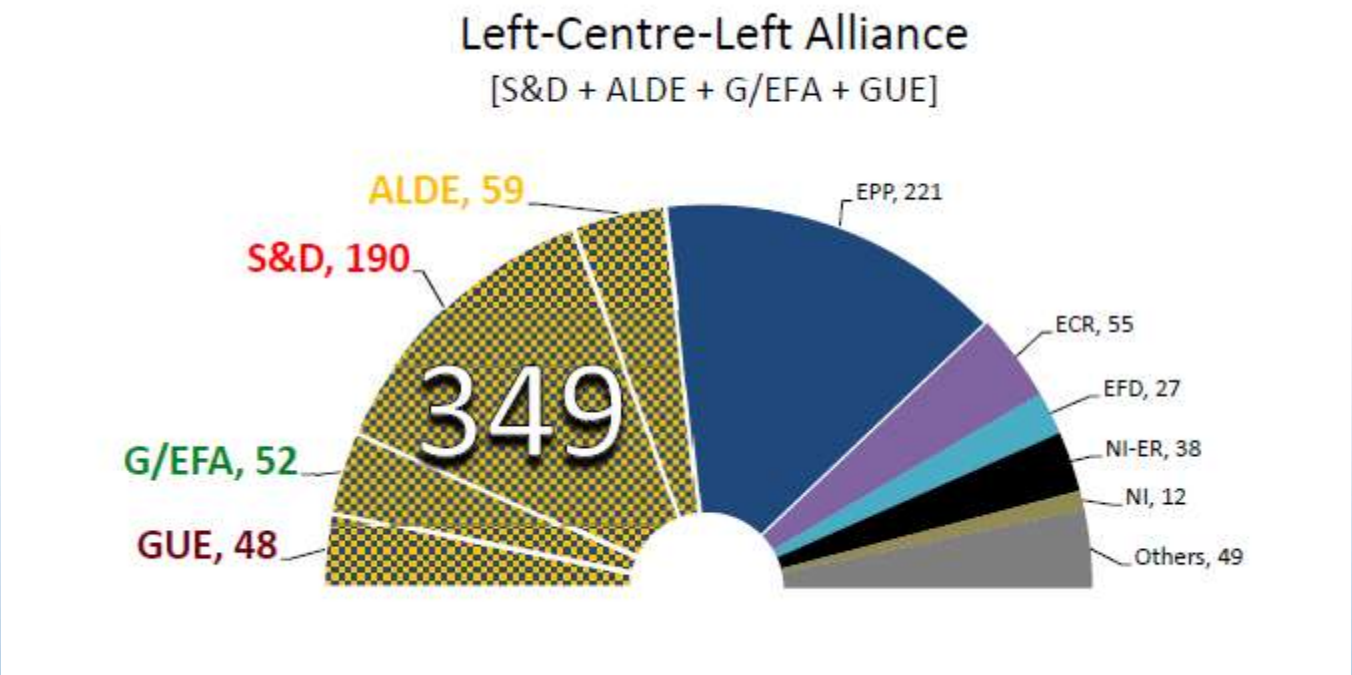


Alle Fraktionen	
EVP	Christdemokraten
S&D	Sozialdemokraten
ALDE	Liberale, Zentristen
Grüne/EFA	Grüne
EKR	Konservative
GUE–NGL	Linke
EFD	EU-Skeptiker
NA	Fraktionslose

Quelle: PollWatch2014 (04.06.2014)

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

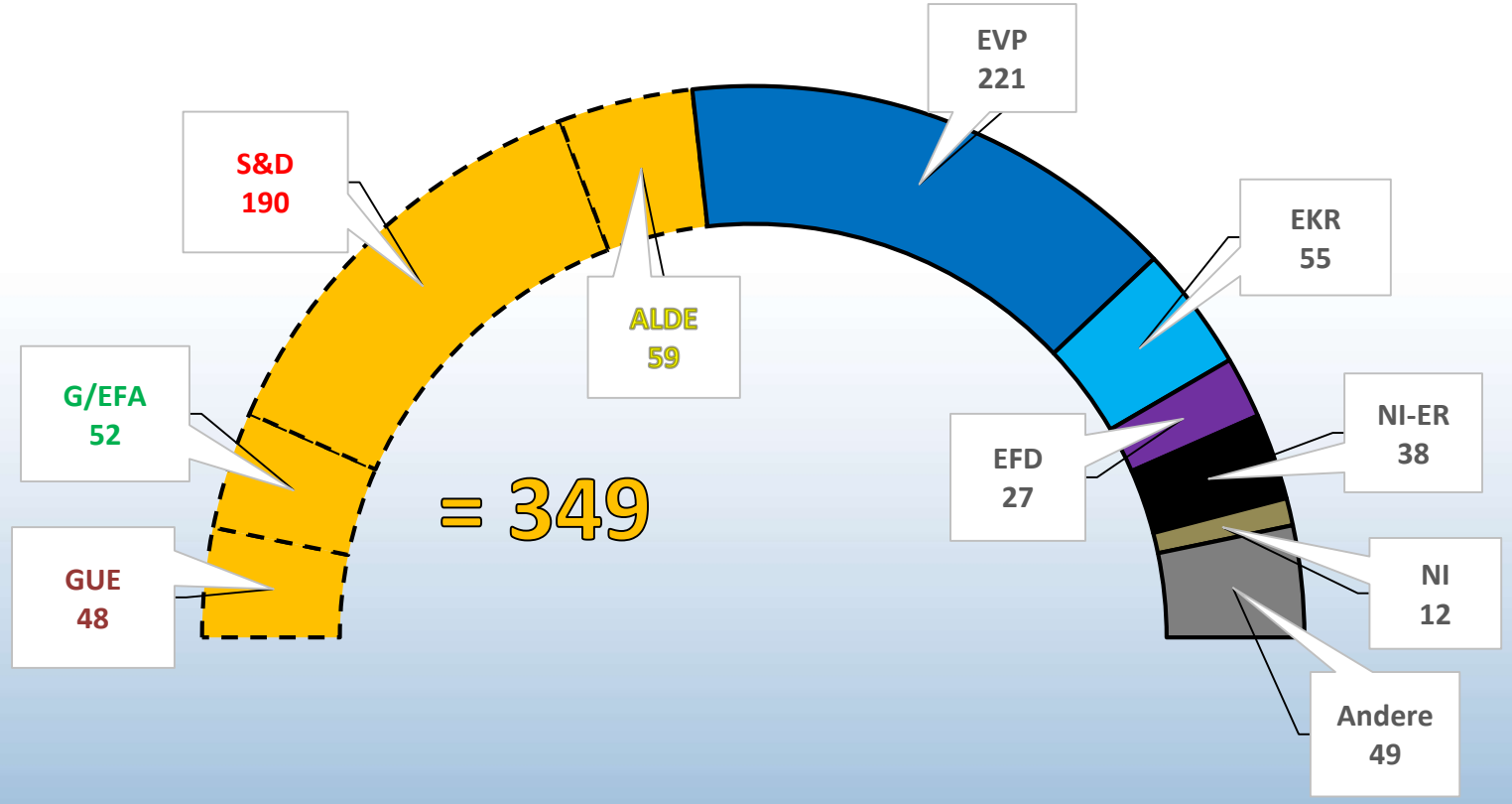
EP – Sozialistisch/liberal



Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

EP – Rot-rot-grün + ALDE

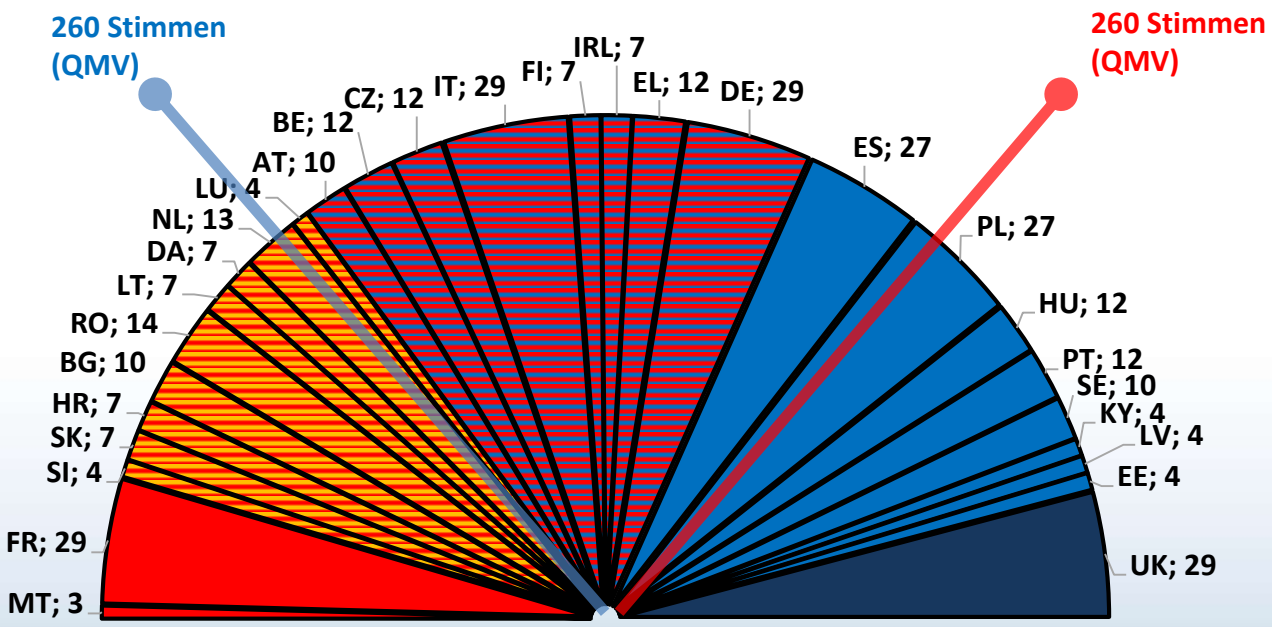
Links-Mitte-Links Allianz
(S&D + ALDE + G/EFA + GUE)



Quelle: Europäisches Parlament

And the Council?

2014



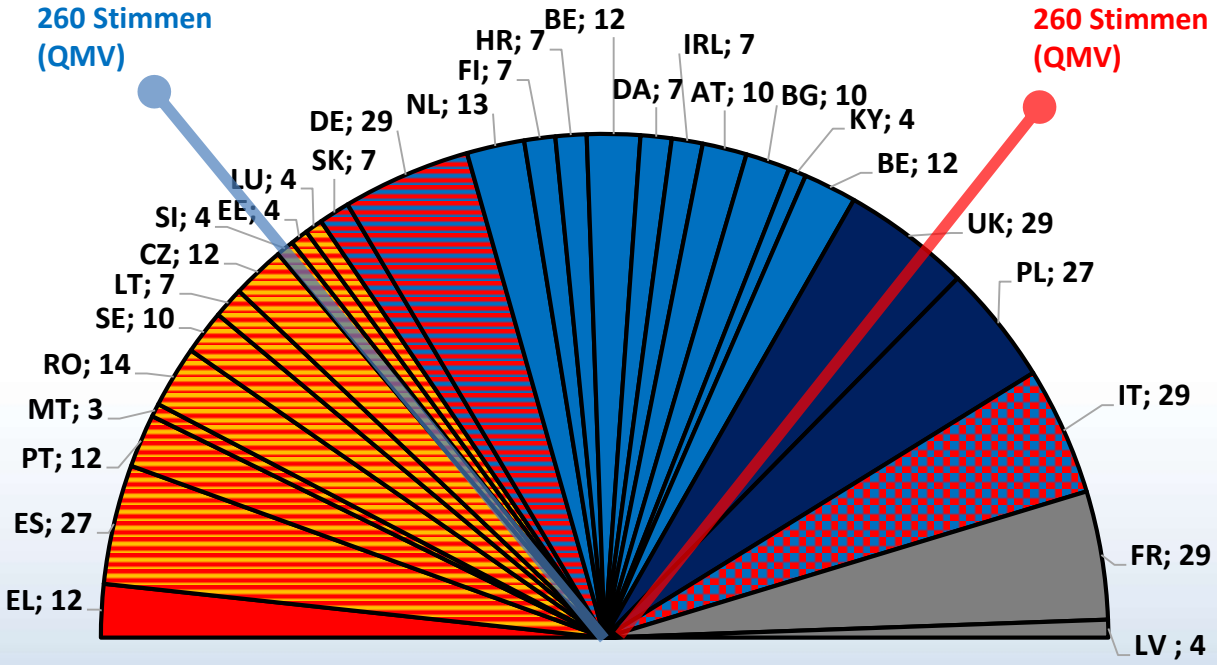
Linke Regierung

Regierung links der Mitte

Große Koalition (AT, BE, CZ, IT S&D led; FI, IRL, EL, DE EPP led)

Regierung rechts der Mitte

2019



Linke Regierung

Regierung links der Mitte

Große Koalition (SK S&D led; DE EPP led)

Regierung rechts der Mitte

Rechts-links Regierung

Unabhängig

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Agenda

- Rückblick Wahlkampf
- Rückblick Wahl
- **Ausblick Europawahlen 2019**
- Herausforderungen

Fraktionsvorsitzende im EU-Parlament

EVP
Manfred Weber
CSU, DE

S&D
Udo Bullmann
SPD, DE

ALDE
Guy Verhofstadt
Open-VLD, BE

The Greens
Franziska Keller
Bündnis 90/ Die Grünen, DE

ECR
Syed Kamall
Conservatives, UK

Spitzenkandidat

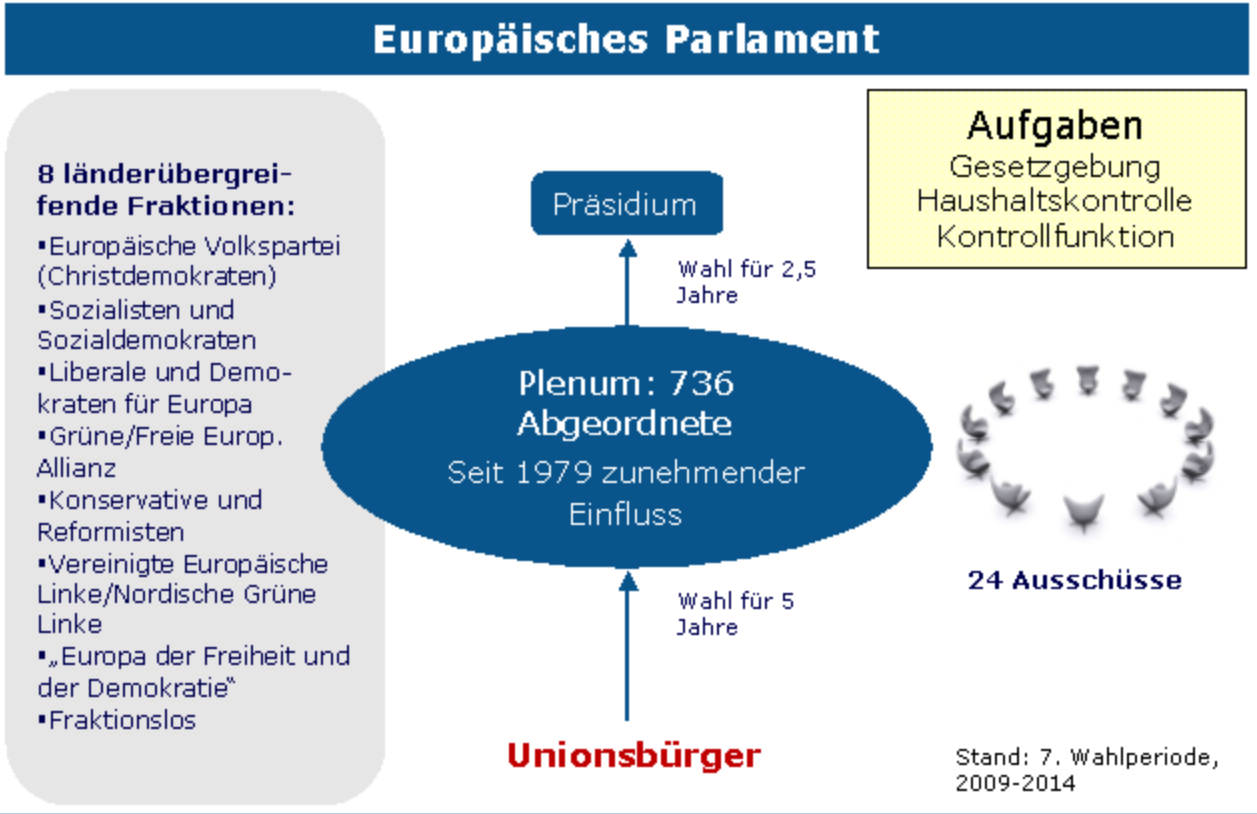
Spitzenkandidat:
Frans Timmermans, NL

Kein
Spitzenkandidat:

Spitzenkandidaten:
Franziska Keller, DE
Bas Eickhout,NL

Spitzenkandidat:
Jan Zahradil, CZ

Wahl des Präsidenten des EP



Quelle: Dadalos

- Nach den Wahlen wählt das EP aus seiner Mitte den Präsidenten (Artikel 14 Abs. 4 EUV).

- Die Amtszeit des Präsidenten beläuft sich auf zweieinhalb Jahre und entspricht somit der Hälfte der Legislaturperiode des EP.

Wahl des Kommissionspräsidenten

EUROPÄISCHE KOMMISSION WIE WIRD...GEWÄHLT

DER PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

Der Präsident des Europäischen Rates berät sich mit dem Europaparlament über mögliche Kandidaten für den Präsidenten der Kommission und berücksichtigt dabei die Ergebnisse der Europawahl.

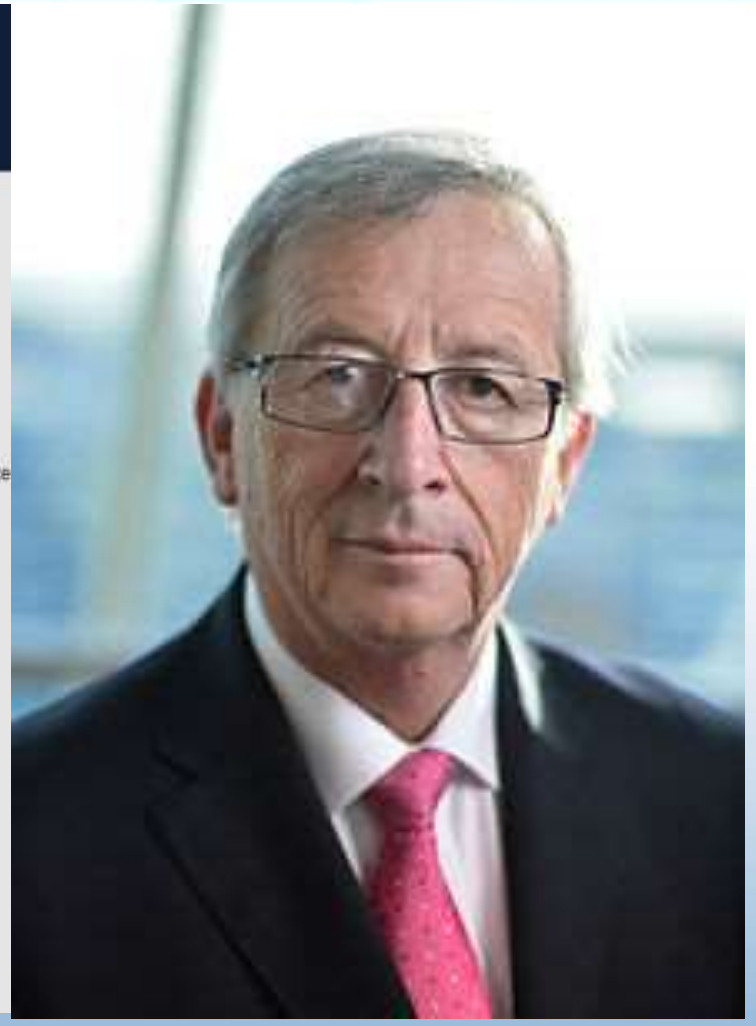
Nach den Beratungen schlägt der Präsident des Europäischen Rates den Staats- und Regierungschefs der EU einen Kandidaten vor.

Die Staats- und Regierungschefs entscheiden sich nach dem Vorschlag für einen Kandidat mit qualifizierter Mehrheit.

Wahl des Kommissionspräsidente durch das Europäische Parlament mit einfacher Mehrheit (mindestens 376 Stimmen)

AUFGABEN

- Leitet die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der EU
- Entwirft die politischen Leitlinien der Kommission
- Beruft Treffen des Kollegiums der EU-Kommissionsmitglieder ein und leitet sie
- Leitet die Arbeit der Kommission zur Umsetzung der EU-Ziele



Quelle: Europäisches Parlament

http://www.handelsblatt.com/politik/international/wahl-des-eu-kommissionspraesidenten-who-the-f-is-jean-claude/9995906.html

Laut dem Vertrag von Lissabon soll der Kommissionspräsident von den Staats- und Regierungschefs unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Europawahl gewählt werden.

Weitere zu besetzende Posten

Präsident des Europäischen Rates (derzeit: Donald Tusk)

• Der Präsident wird vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit für eine Dauer von zweieinhalb Jahren gewählt (Artikel 15 Abs. 5 EUV).

EU-Außenbeauftragter (derzeit: Federica Mogherini)

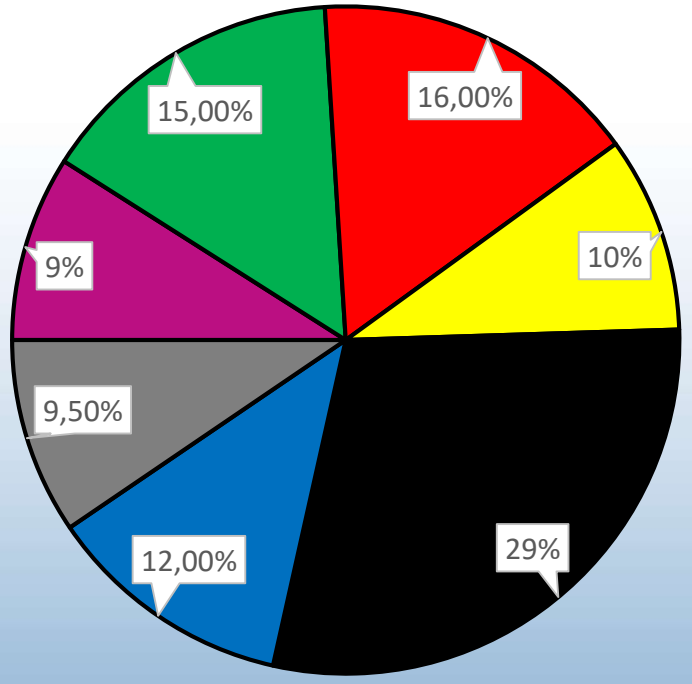
• Der Europäische Rat ernennt mit qualifizierter Mehrheit den Hohen Vertreter, der Kommissionspräsident muss dieser Ernennung zustimmen. Der Hohe Vertreter ist gleichzeitig Vizepräsident der Europäischen Kommission, Vorsitzender des Rates für Auswärtige Angelegenheiten und Außenbeauftragter des Europäischen Rates.

Präsident der Eurogruppe (derzeit: Mário Centeno)

- Der Präsident wird von der Eurogruppe mit einfacher Mehrheit für eine Dauer von zweieinhalb Jahren gewählt

Wahlprognosen in Deutschland 2019:

Stimmanteile in Prozent
(Prognose vom 9. März 2019)

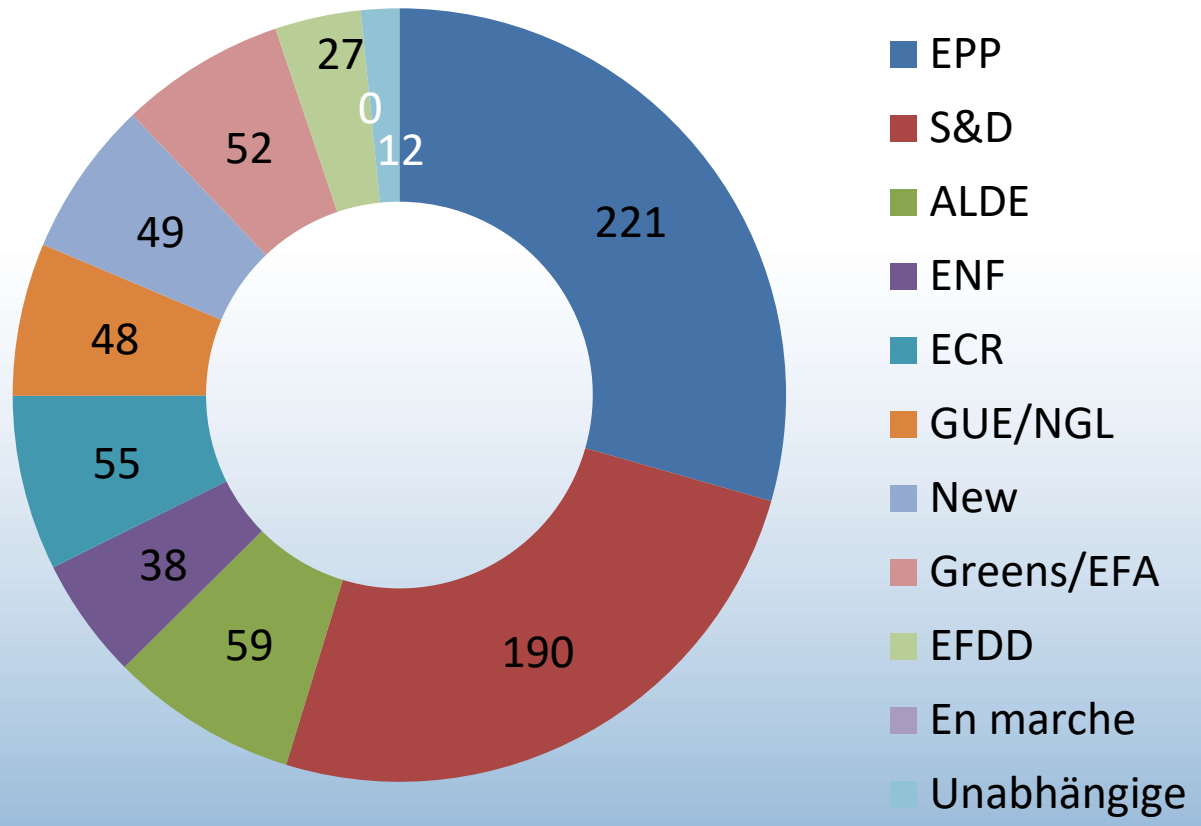


Quelle: INSA
https://dawum.de/Europawahl/INSA/

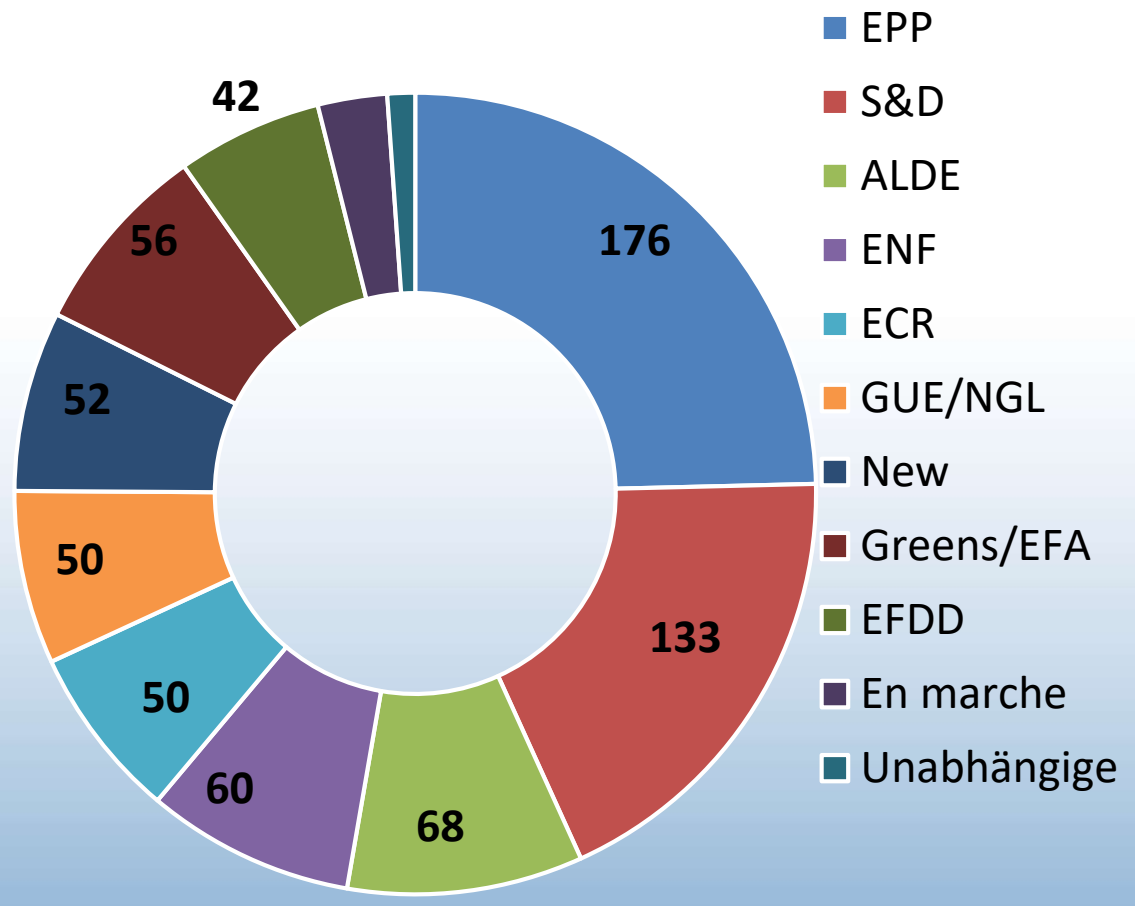
Dr. jur. Stefan Gehrold | Member of the European Parliament| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Wahlprognosen: EU

2014



2019

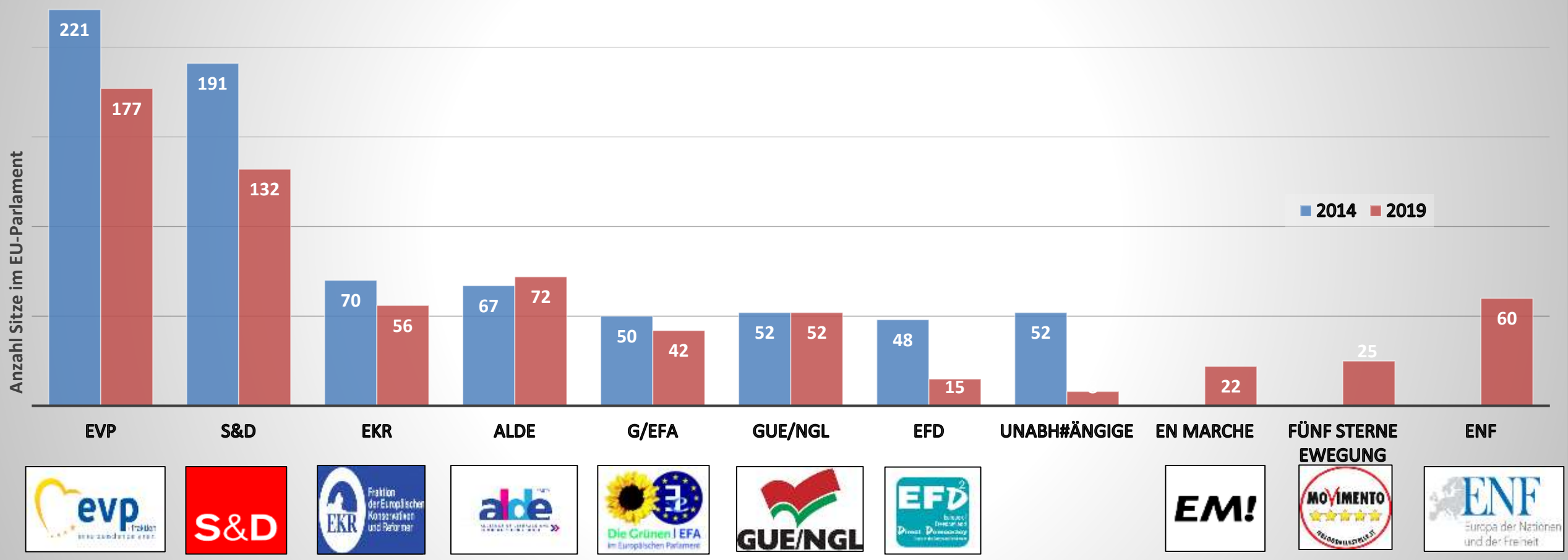


Quelle: www.politico.eu/interactive/european-elections-2019-poll-of-polls/

Dr. jur. Stefan GEHROLD | Député au Parlement Européen|
E-mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Europawahlen – Vegleich 2014 / 2019

Ergebnisse 2014 vs. Prognose 2019



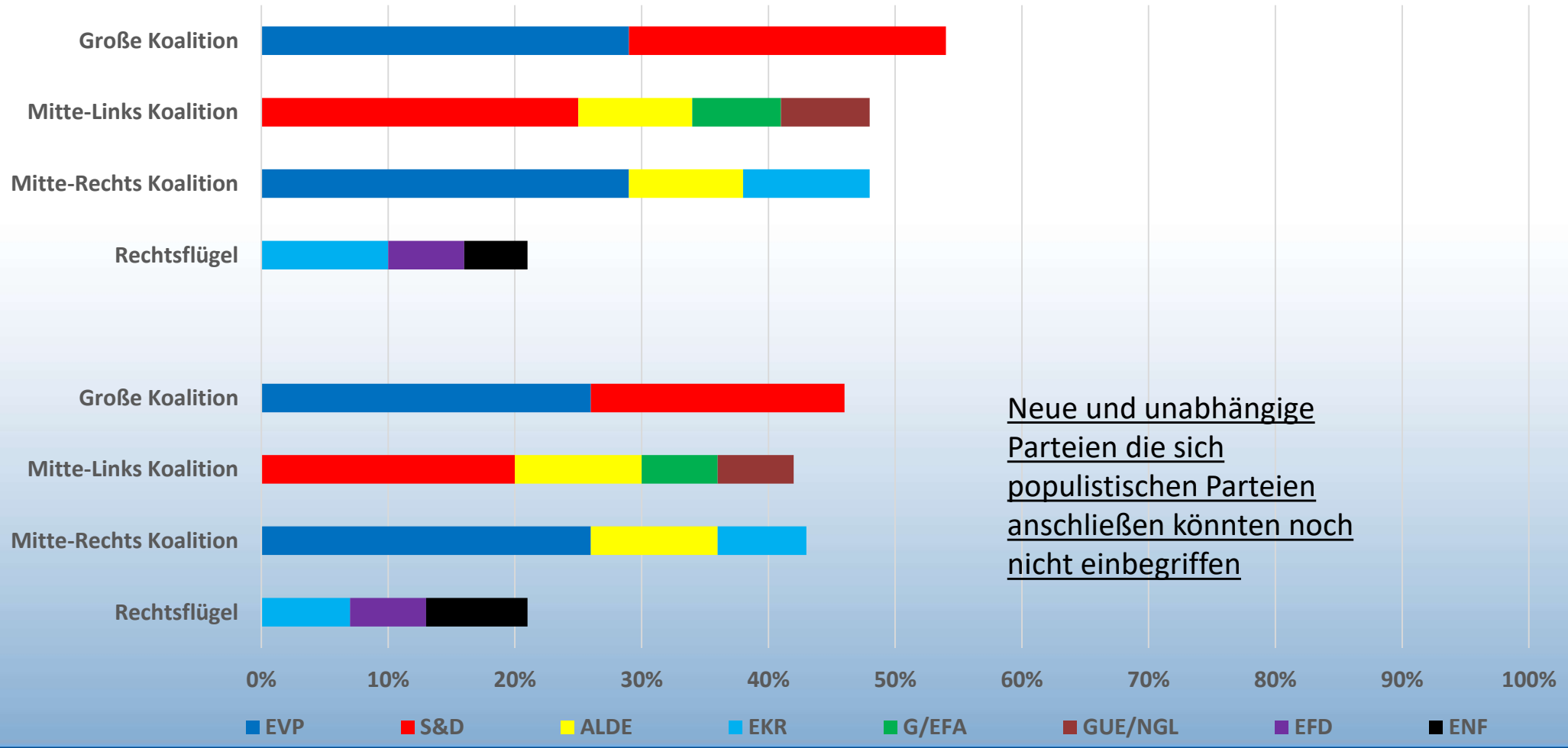
Quelle: Politico

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- 1. Wert = Sitze; 2. Wert = Prozentualer Anteil
- Abnahme der größten Parteien EPP und S&D (2014-2019)
- EPP immer noch stärkste Kraft
- Populistische Parteien legen zu => erschwert legislative Arbeit

Drohende Fragmentierung

Koalitionsanteile im EP 2014 (oben) und Prognose für 2019 (unten)



Neue und unabhängige Parteien die sich populistischen Parteien anschließen könnten noch nicht einbegriffen

Abschwächung der politischen Mitte und Stärkung der populistischen und europakritischen Ränder des Parlaments.

→Gesetzgebungs prozess wird wesentlich erschwert, Mehrheits-verhältnisse in Parlament und auch Rat sind nicht mehr gegeben.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Member of the European Parliament| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Quelle: SWP

Quelle: www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/die-europawahlen-2019/prognosen-und-szenarien/ (Szenario B bei Prognose für 2019)

Agenda

- Rückblick Wahlkampf
- Rückblick Wahl
- Ausblick Europawahlen 2019
- **Herausforderungen**

Die 3 Kernthemen der Europawahl 2019

1. Brexit

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Ausmaß des Konfliktpotentials in den späteren Beziehungen der EU mit Großbritannien zeigt sich in meinen Schattenberichten:
- Schiffsinspektionen (TÜV für Drittstaatschiffe? Reichen UK Vorgaben für Europäischen Binnenmarkt?)
- Aviation Safety (Sind Flugpersonal aus Drittstaaten(Piloten, aber auch Flugbegleiter) berechtigt in der EU zuarbeiten? Dürfen Flieger aus UK in Europa fliegen?)
- → Brexit wird und muss in kommender Legislaturperiode ein Kernthema sein. Geflecht UK/EU ist kaum fassbar.

Zeitlicher Ablauf des Brexit

23.Juni 2016
In einem Referendum stimmt eine knappe Mehrheit der Briten für den Brexit.

29.März 2017
Premierministerin Theresa May reicht bei der EU das offizielle Austrittsgesuch ein. Die zweijährige Frist bis zum Austritt beginnt Sie läuft bis 29.März.2019.

19.Juni 2017
Die EU-Kommission und das Vereinigte Königreich beginnen die Verhandlungen zu einem Austrittsabkommen.

März 2018
Erster Entwurf eines Austrittsabkommens wird veröffentlicht.

Oktober 2018
Geplanter Abschluss der Verhandlungen zu einem Austrittsabkommen und Start des Ratifizierungsprozesses.

15.Januar 2019
Unterhaus stimmt gegen Brexit-Abkommen

29.März 2019
Späteste mögliche Ratifizierung durch alle Instanzen(Europäischer Rat, EU-Parlament, ggf. Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten).

30.März 2019
Start der Verhandlungen um ein Abkommen zur Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen. Während der Übergangsphase bleibt Großbritannien Teil der Zollunion und hat Zugang zum EU-Binnenmarkt. Kommt kein Austrittsabkommen zustande, findet ein ungeordneter Austritt statt.

31.Dezember.2020
Ende der möglichen Übergangsphase.

1.Januar.2021
Eine neue Phase der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien beginnt.

2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021

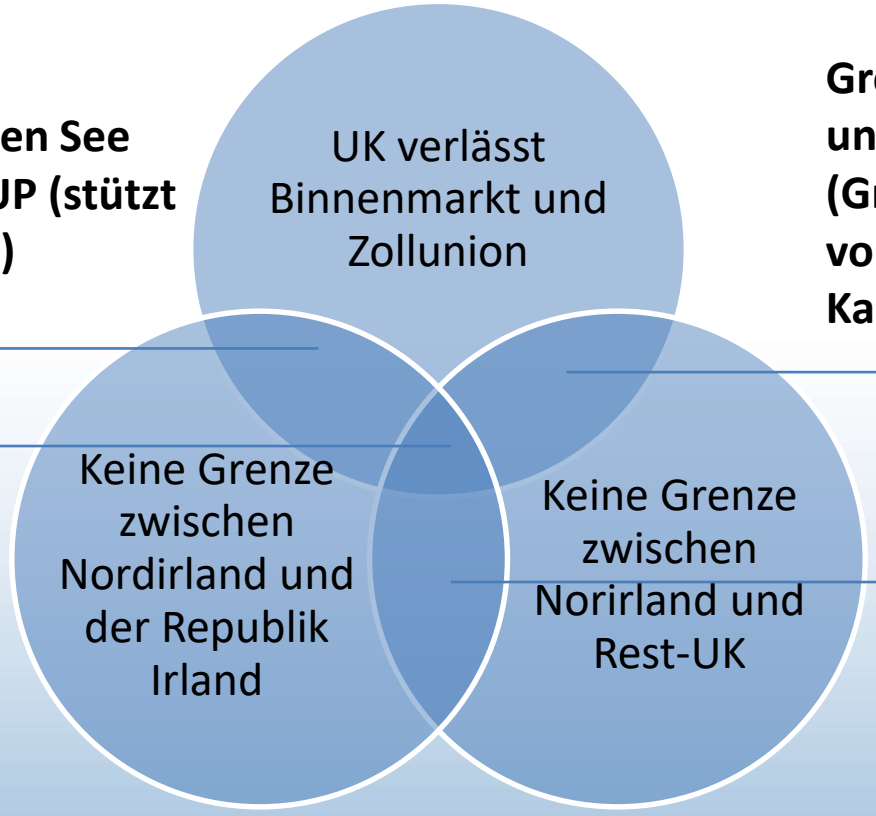
Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Quelle: IHK München
https://www.ihk-muenchen.de/brexit/

Nordirland: Das Brexit-Trilemma

Grenze in der Irischen See inakzeptabel für DUP (stützt britische Regierung)

Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland (Großbritannien bricht Zusagen von Dezember 2017 und Karfreitagsabkommen)



Bisher keine glaubwürdigen Vorschläge

Gemeinsame Außenzollgrenze, Großbritannien verbleit in Binnenmarkt und Zollunion (Überschreitet rote Linien der Brexiteers)

Quelle: SWP
https://www.swp-berlin.org/en/publication/brexit-the-key-lies-in-british-domestic-policy/

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Nordirland: Das Brexit-Trilemma

Notlösung der Nordirland-Frage: Backstop

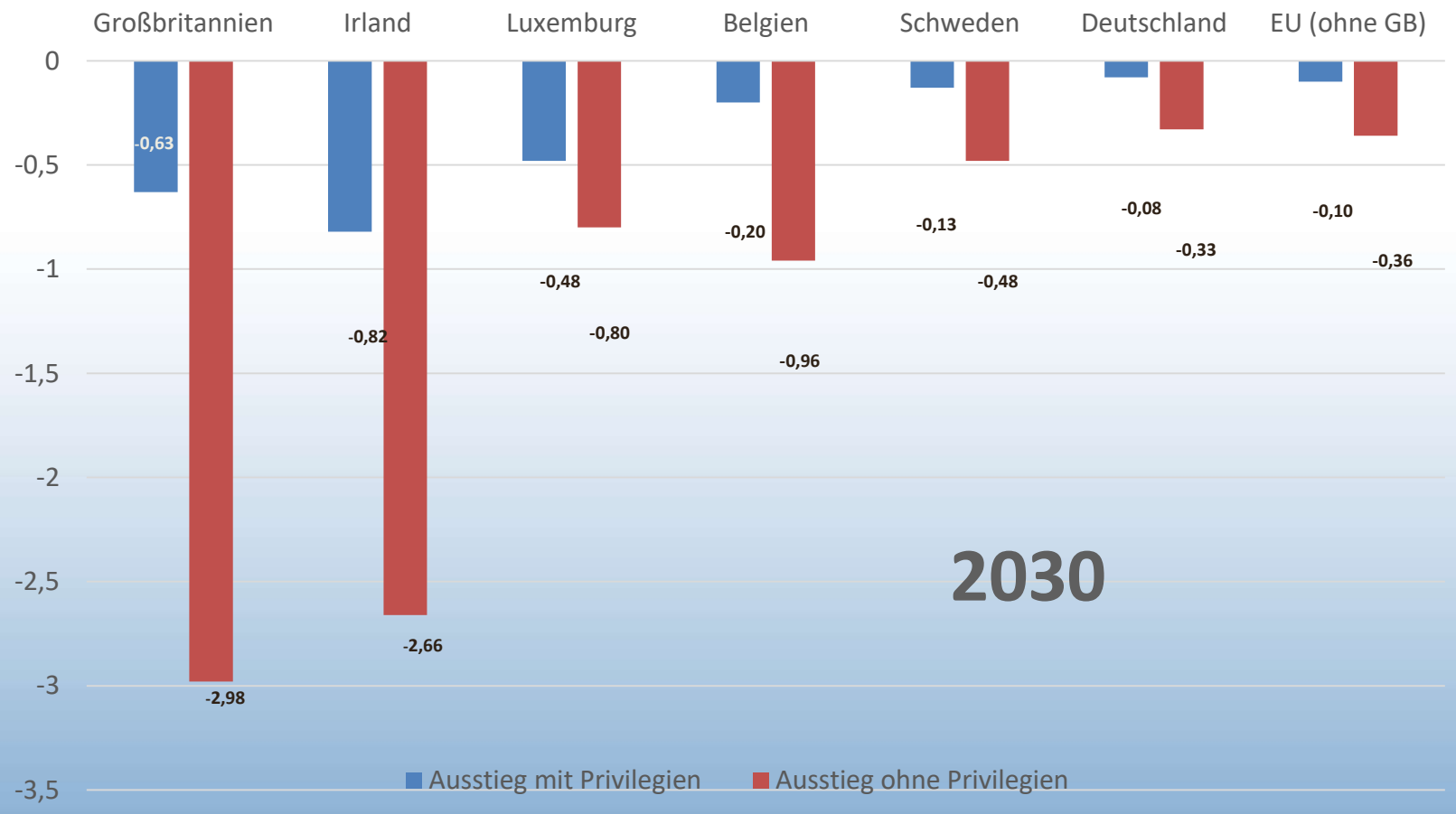
Um eine harte Grenze (die fatal für die Wirtschaft beider Länder wäre) und Konflikte wie vor 30 Jahren zu vermeiden, wird seitens der EU eine Notlösung in dem Austrittsabkommen verlangt.
→Der Backstop: eine Auffanglösung, in der Nordirland solange in der Zollunion bleibt, bis die Außenbeziehungen der EU mit UK eindeutig geklärt sind. In dieser Phase müsse sich Nordirland aber an die Vorgaben des Europäischen Binnenmarktes halten.

DS10: Keine Option, solange nicht Backstop auf das ganze Vereinigte Königreich erweitert werden würde, da immer noch eine harte Seegrenze zwischen der Republik England und England gäbe.

EU: Erweitert Backstop auf das ganze Vereinigte Königreich, Austrittsabkommen wird von 27 Staat- und Regierungschefs unterzeichnet. House of Commons(Britische Parlament) muss nur noch zustimmen.
HoC: Nein, kein Backstop, die EU will das Vereinigte Königreich an sich ketten.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Veränderung des BIP pro Kopf



Quelle: ifo Institut, Bertelsmann Stiftung

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

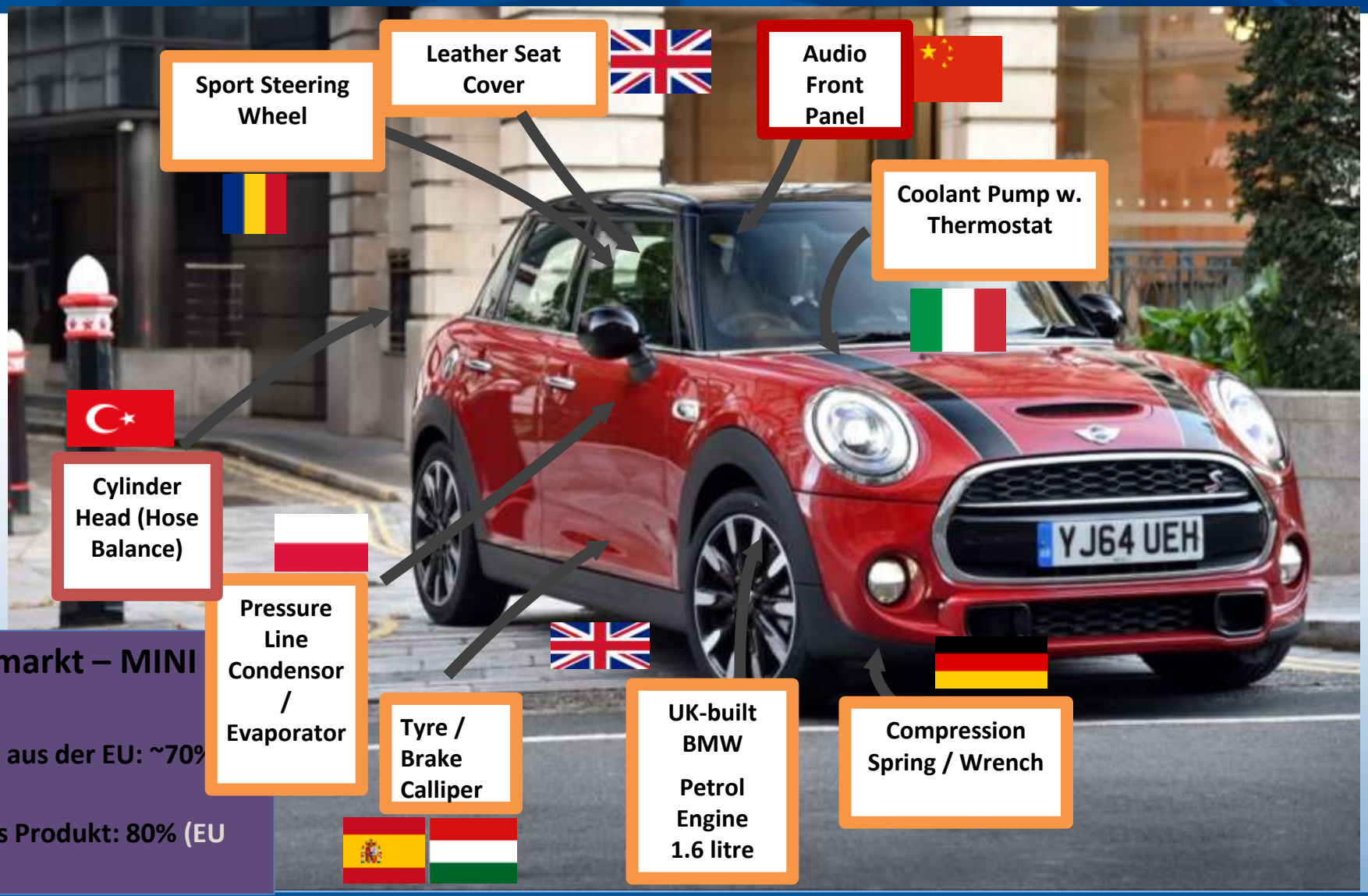
Das BIP wird in Europäischen Ländern durch den Brexit wahrscheinlich deutlich stärker sinken, als es ohne Brexit der Fall gewesen wäre.

GB und Irland trifft es dabei am stärksten.

Das BIP in Deutschland und der EU (ohne GB) trifft es jedoch am wenigsten.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

VERTEILUNG FERTIGUNGSELEMENTE NACH URSPRUNGSLAND



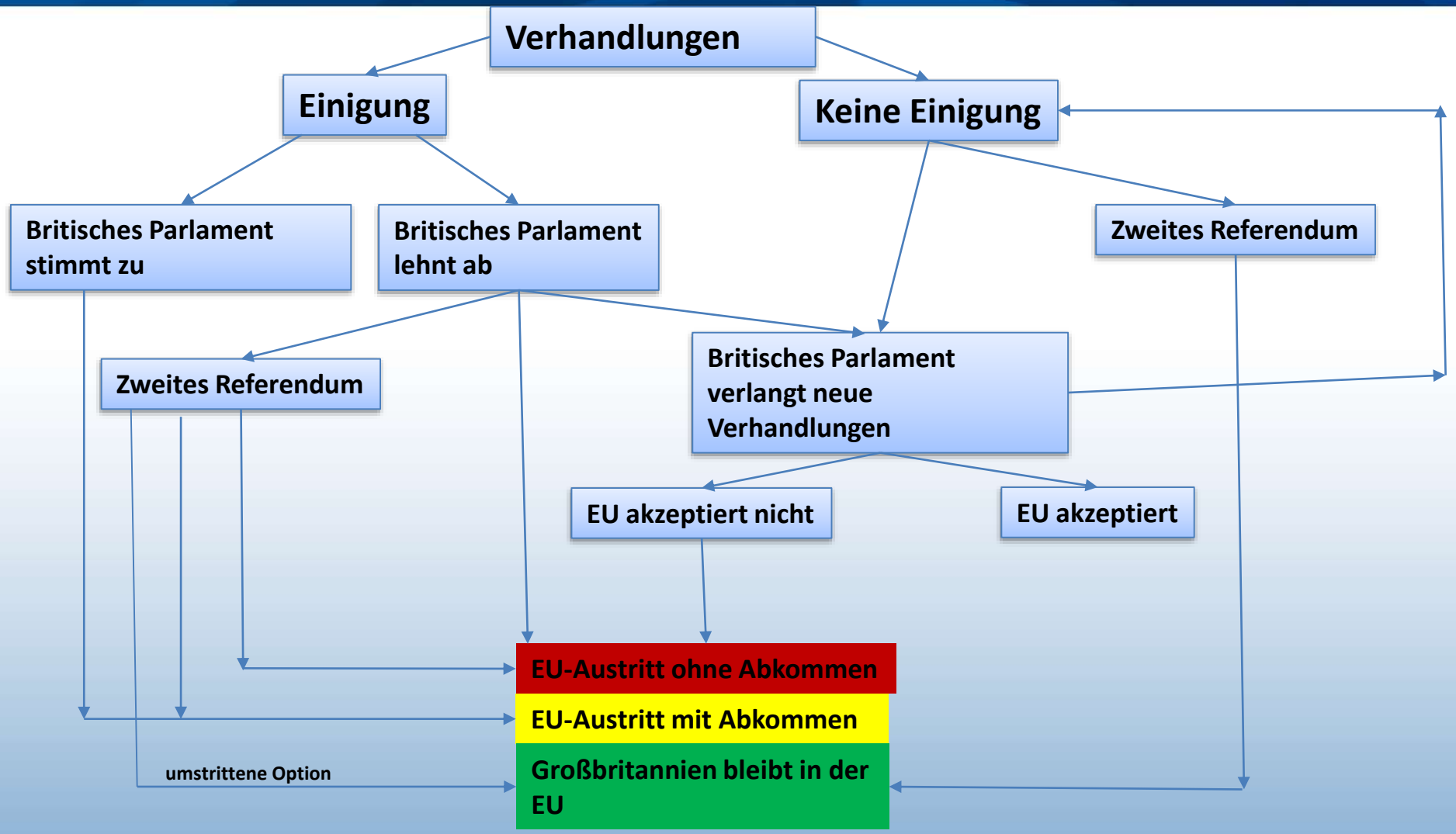
EU-Binnenmarkt – MINI Türer

Komponenten aus der EU: ~70% (EU Zölle: 0%)

Exporte finales Produkt: 80% (EU Zoll: 0%)

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Wie geht es weiter mit dem Brexit?

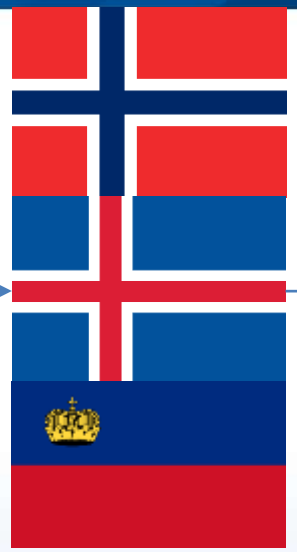


Quelle: https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-10/brexit-grossbritannien-brexit-theresa-may

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Eine rosige Zukunft?

Großbritannien verlässt die EU



- **Kein EuGH Zuständigkeit**
- **keine Bewegungsfreiheit**
- **keine nachhaltige Finanzierungs?**
- **Regulatorische Autonomität**

- **Keine Bewegungsfreiheit**
- **keine nachhaltige Finanzierungsverteilung**
- **Regulatorische Autonomität**

- **Keine EuGH Zuständigkeit**
- **Regulatorische Autonomität**

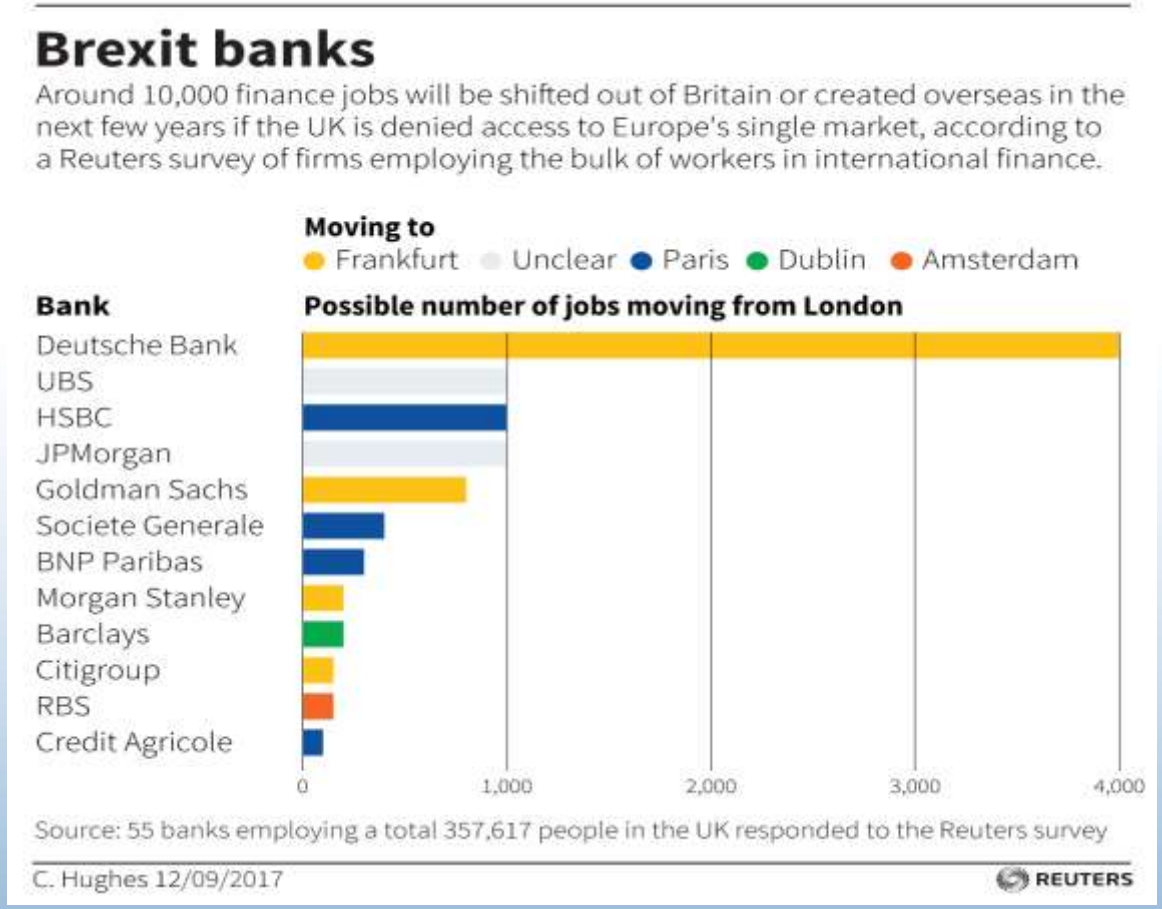
Unabhängige Handelspolitik

No deal

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Handelsaspekte:
- Brit. Fehleinschätzung: von der KOM entwickelte Muster könnten kombiniert werden; Tatsache: Ablehnung von Optionsverpflichtungen bedeutet Ablehnung der gesamten Option
- Grundsatz: ab 03/21019 alle FTAs hinfällig (derzeit ca. 20; weitere 40 werden verhandelt)
- DS 10: wir übernehmen alle FTAs in vollem Umfang
- KOM: Stop. Geht nur mit Zustimmung aller 27 Mitgliedsstaaten und der Zustimmung der Drittstaaten
- Drittstaaten: Kein Interesse an FTA während der Übergangsphase mit UK wegen der Meistbegünstigungsklausel (WTO)
- UK muss demnach nach dem Brexit und nach einer möglichen Übergangsphase neue FTAs verhandeln.
- UK ist besonders interessiert an Gesprächen über FTAs mit: USA, Schweiz, Südkorea, Kanada, Japan, Mexico, China, Indien und der Europäischen Union. Verhandlungen an sich, gibt es aber keine.
- Nach dem britischen Handelsminister Liam Fox, gäbe es insgesamt 40 FTAs, die von der Europäischen Union und Drittstaaten abgeschlossen wurden und von UK anzupassen seien, wobei nicht alle Abkommen dieselbe Priorität für Großbritannien hätten, und man so auch Raum für neue Abkommen geben könne.

Folgen für Großbritannien



Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Nach Aussagen der britischen Nachrichten Agentur Reuters, sollen erst 630 im Finanzwesen beschäftigte Arbeitskräfte das Land verlassen haben.
Das steht im Gegensatz zu den vorher prognostizierten Zahlen.

Nichtsdestotrotz hat der Brexit bereits jetzt schon Auswirkungen auf Großbritannien und vor allem dem wichtigen Finanzstandort London:

- **Der Versicherungsdienstleister AXA hat bereits seinen Standort von London nach Dublin verschoben.**
- **Auch der Elektrokonzern Panasonic verließ frühzeitig das Land und zog in die Niederlande.**
- **Nach einer Analyse des CIPS(Chartered Institute of Procurement and Supply) verlegt jedes siebte europäische Unternehmen Teile ihrer Geschäfte außerhalb des Vereinigten Königreiches.**

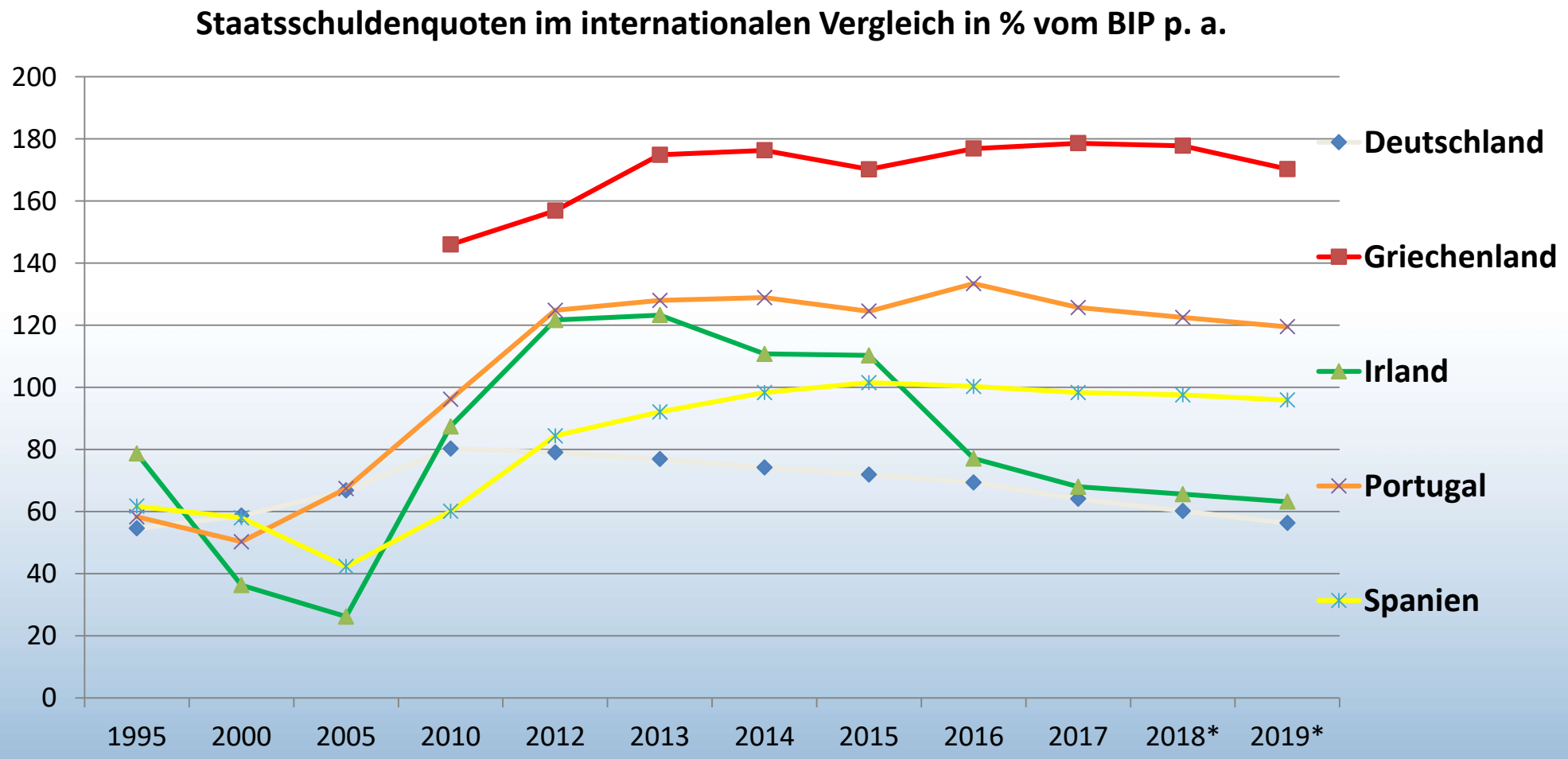
Die 3 Kernthemen der Europawahl 2019

2. Die Staatsschuldenkrise

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Die Staatsschuldenkrise die seit 2010 die Finanzwelt erschüttert, ist heute noch ein wichtiges Thema in der Europäischen Union. Europa steht für Sicherheit. Auch für finanzielle Sicherheit. Deshalb muss Europa dafür Sorgen, dass Finanzkrisen auf anderen Kontinenten, sowie in Europa, unseren Binnenmarkt nicht destabilisieren können. Dafür gibt es verschiedene Werkzeuge (ESF, ESM). Doch trotzdem muss Europa weiter an ihren Kompetenzen und Kompetenzdurchsetzung arbeiten. Auch in Hinblick auf die Europawahl, müssen diese Themen verständlich diskutiert und aufarbeitet werden.

Europa im Vergleich

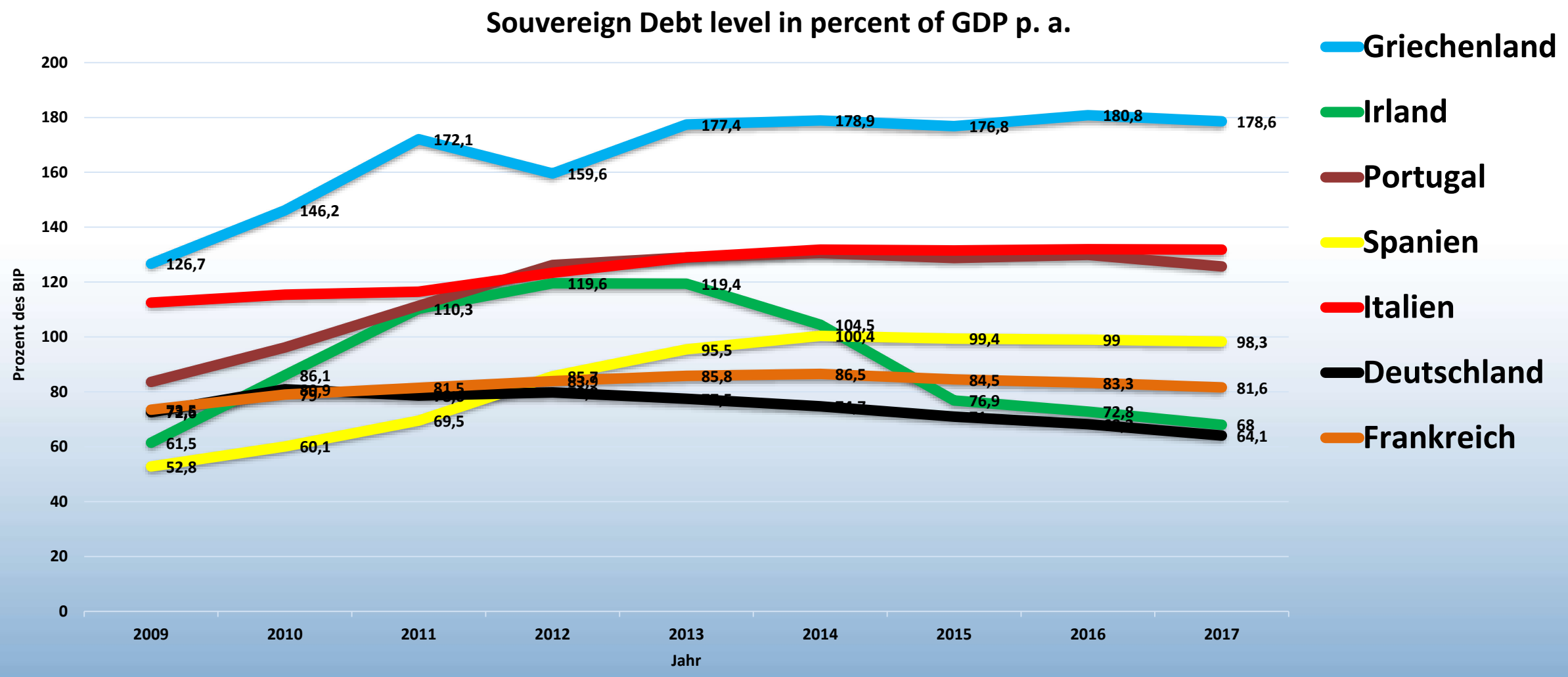


Quelle: European Commission

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Hier noch die Staatschuldenquote in der Entwicklung:
- Man kann erkennen, dass die anderen ausgewiesenen Länder seit jeher eine deutliche niedrigere Staatsverschuldung hatten als Griechenland. Klare Erfolge hatten vor allem die Regierungen in Irland und Spanien unter MP Aznar.
- Aber insgesamt gingen die Verschuldungsquoten in allen Ländern bis auf Spanien zurück. Die Fiskaldisziplin hatte definitv Erfolg, auch in Griechenland.
- Auch für die Jahre 2018/2019 wird ein Rückgang der Staatsschulden prognostiziert.

Schulden über Schulden: Der Euro und seine Zukunft

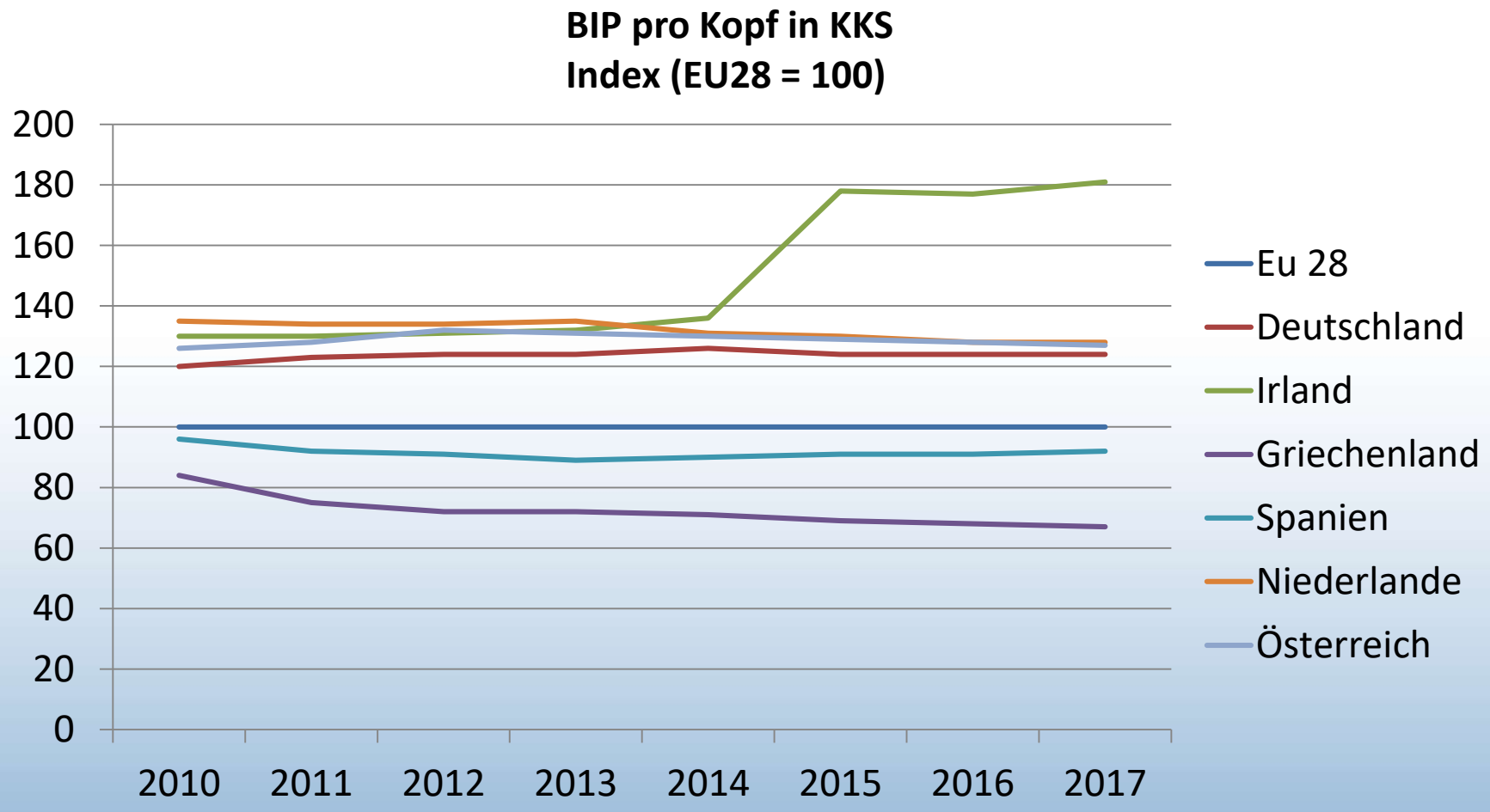


Quelle: Eurostat

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Steigende Staatsverschuldung immer größeres Problem für die EU
- EU-Maßnahmen haben leichte Verbesserung erwirkt
- Trotzdem ist generell der Trend über die Jahre besorgniserregend
- Gerade Italien hat durch die neue Regierung Pläne, die Staatsverschuldung weiter zu erhöhen (s. Budget-Plan für 2019, von der EU zurückgewiesen)

Europa im Vergleich

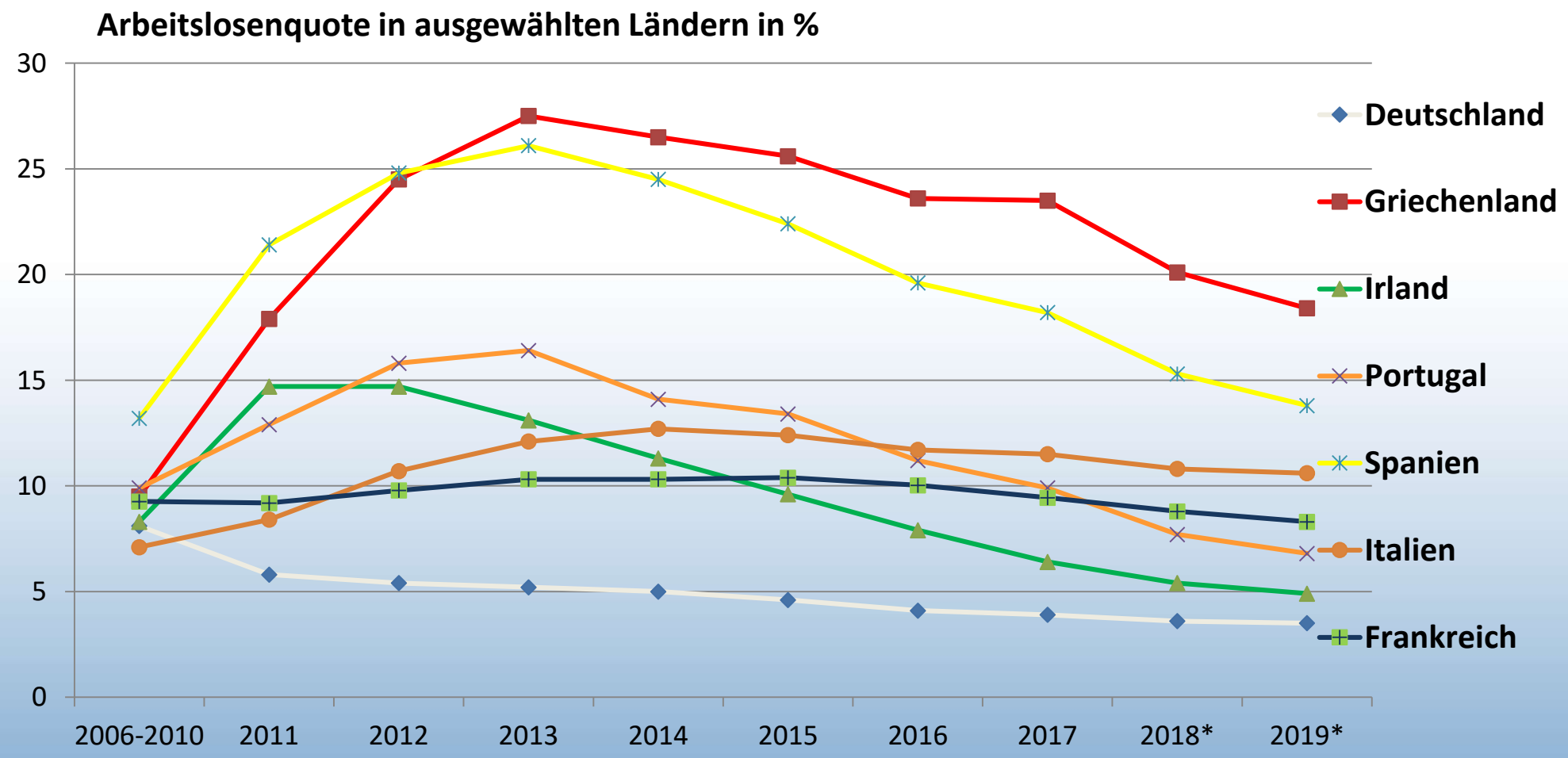


Quelle: Eurostat, Dezember 2017; European Kommission

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Jetzt mal zur Jammerei über Armut in Griechenland
- Hier habe ich verschiedene Länder gegeneinander gestellt. BIP in KKS seit dem Jahr 2000.
- Irland: ganz oben; problematisch: Programmland, andere Länder, die bedeutet ärmer sind, müssen Irland helfen; will man aber ja, solange Irland selbst etwas dazu tut.
- Griechenland derzeit mit etwa 14.000 € p. c.
- Darunter: Portugal, Slowakei, die baltischen Staaten, alles Länder, die jetzt GR helfen, die aktuelle Situation zu meistern

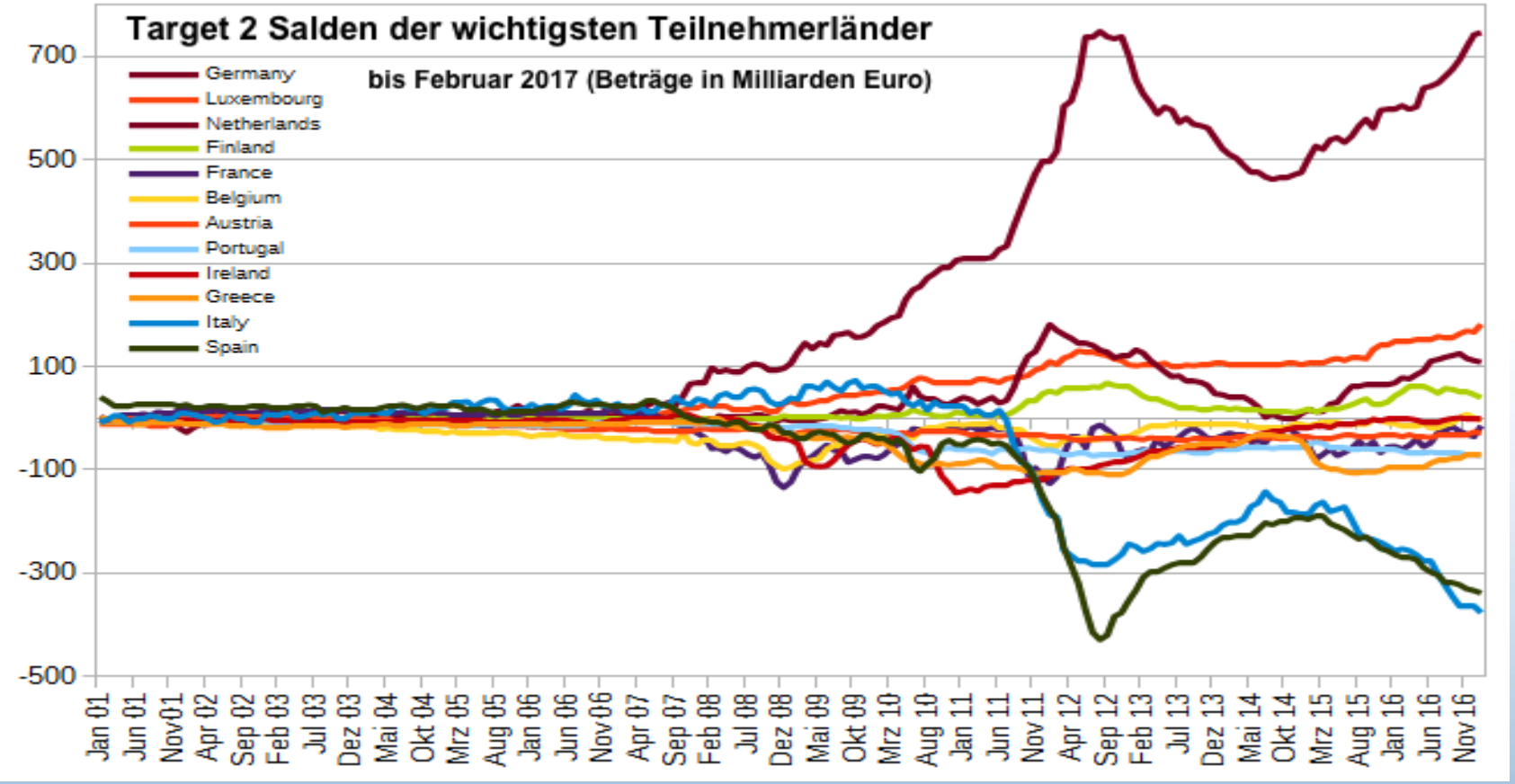
Europa im Vergleich



Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Arbeitslosenquote
- Nach Anstieg der Quote Abflachen der Kurve in Griechenland, Spanien, Portugal und Irland, insbesondere nach Einführung der Maßnahmen
- Klare Botschaft: Maßnahmen ziehen
- Reformpolitik zeitigt eben doch Konsequenzen
- Frankreich: Verfehlte Politik führt zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit
- Es wird von einem weiteren Abfallen der Arbeitslosenquote in den aufgeführten Ländern ausgegangen.

Rückgang der Target2-Salden?



Bundesbank – Höchststand Juni 2012: + 728 Mrd €, Dez 2013: + 510 Mrd €
Banco de España – Höchststand August 2012: - 434 Mrd €, Nov 2013: - 241 Mrd €
Banca d'Italia – Höchststand August 2012: - 289 Mrd €, Nov 2013: - 229 Mrd €

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Zurückgegangen sind auch die „Target2-Salden“. Allerdings schweben sie immer noch in massiven Höhen für Deutschland.
- Was sind „Target2-Salden“?
- „Target2-Salden“ sind Verrechnungspositionen zwischen den Zentralbanken der Mitgliedsländer. Je höher der Saldo, desto höher die aufgelaufenen und noch nicht beglichenen Forderungen im Verhältnis der einen Zentralbank zu Anderen.

Die 3 Kernthemen der Europawahl 2019

3. Die Migrationskrise

Die Migrationskrise ist eine weitere Herausforderung, der sich Europa zu stellen hat. Instrument zur Bekämpfung illegaler Migration stellt dabei die Bekämpfung von sogenannten Push-Faktoren dar. Dabei wird aber auch auf die Unterstützung der einzelnen Regionen in Europa gezählt.

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Migration

EU, was nun? – Legislative I

- Artikel 2 Grenzkodex: Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck
13. „Grenzschutzbeamte" Beamte, die gemäß den nationalen Rechtsvorschriften angewiesen sind, an einer Grenzübergangsstelle oder entlang einer Grenze bzw. in unmittelbarer Nähe einer Grenze nach Maßgabe dieser Verordnung und der nationalen Rechtsvorschriften grenzpolizeiliche Aufgaben wahrzunehmen;

⇒ Grenzpolizeiliche Aufgaben wohl nach nationalem Recht geregelt und damit bis auf Weiteres nationalstaatliche Aufgabe!!!
⇒ Kein Raum für Legislativkompetenz des EU-Gesetzgebers, weil er im Bereich der geteilten Gesetzgebungskompetenz nicht aktiv wurde und daher der nationale Gesetzgeber zuständig ist

- Gesetz zur Verteilung von Flüchtlingsquoten? Fehlanzeige
  - Dublin-II-Abkommen: Verordnung (EG) Nr. 343/2003

- Was kann EU tun? Erlass von Verordnungen oder Richtlinien?
- 1. Gibt es entsprechende Vorschriften in den Verordnungen zum Einlass von Flüchtlingen und Migranten? jede Menge, aber nichts zur Organisation und Verpflichtung der Grenzpolizei. Warum nicht? Legislatives Handeln erforderlich? Aber: was steht drin?
- 2. Gibt es Regelungen zur Verteilung von Flüchtlingsquoten? Nein. Warum nicht?
- Weil es im Dublin-Abkommen, der entspr. Verordnung nicht vorgesehen ist. Warum ist es nicht vorgesehen – Art. 78 AEUV

Migration

EU, was nun? – Art. 98 SRÜ– Leg. II

- Seenotrettung: nach SRÜ, aber eigentlich Aufnahme von Migranten auf See kein Fall der Seenot;
- Außerdem: SRÜ nicht geschaffen für die routinemäßige Aufnahme von Flüchtlingen

- EU-Recht: Fehlanzeige

Art. 98 SRÜ – Pflicht zur Hilfeleistung
(1) Jeder Staat verpflichtet den Kapitän eines seine Flagge führenden Schiffes, soweit der Kapitän ohne ernste Gefährdung des Schiffes, der Besatzung oder der Fahrgäste dazu imstande ist,
a)
jeder Person, die auf See in Lebensgefahr angetroffen wird, Hilfe zu leisten;
b)
so schnell wie möglich Personen in Seenot zu Hilfe zu eilen, wenn er von ihrem Hilfsbedürfnis Kenntnis erhält, soweit diese Handlung vernünftigerweise von ihm erwartet werden kann;

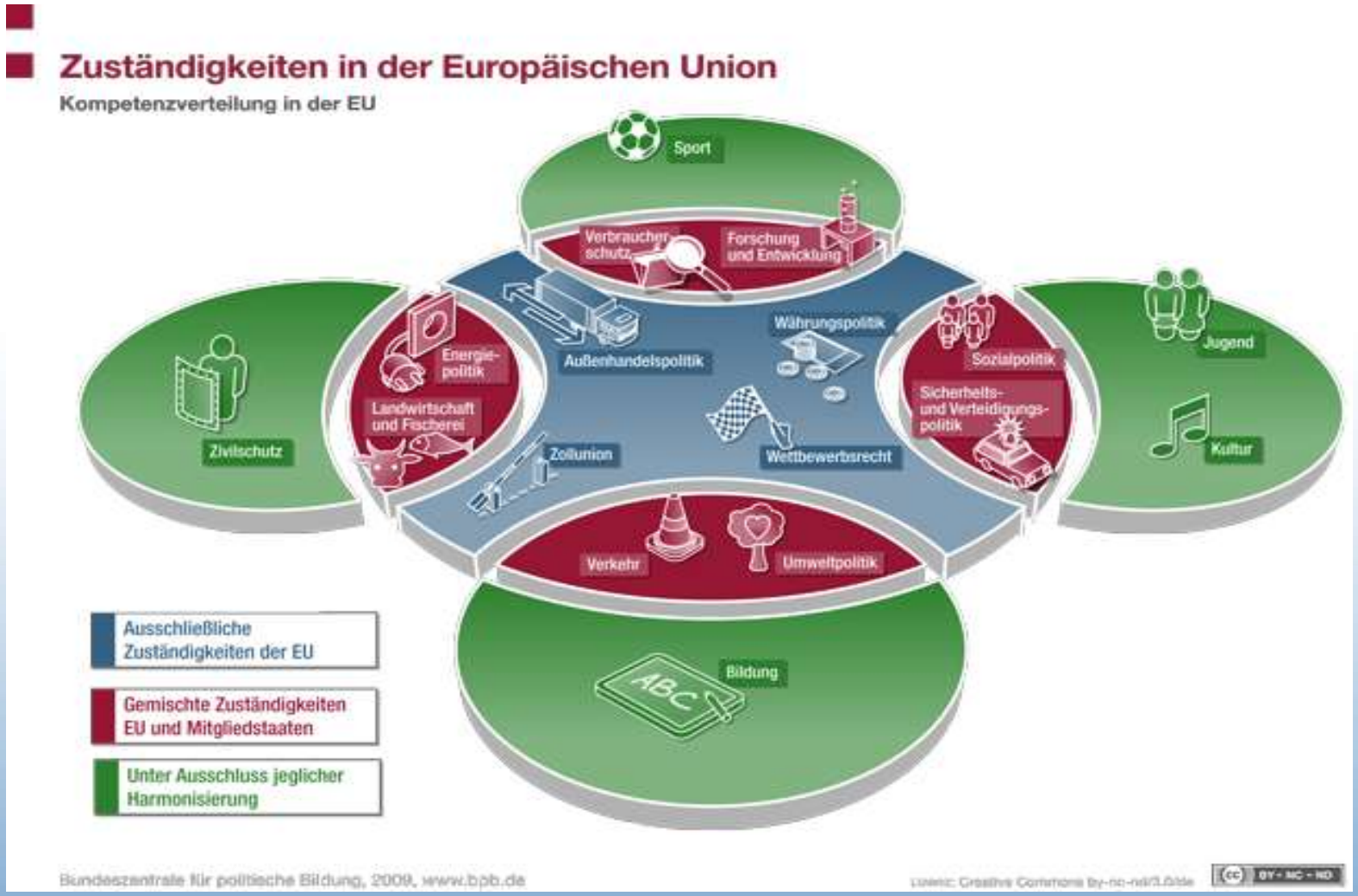
Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

- Was kann EU tun? Erlass von Verordnungen oder Richtlinien?

1. Gibt es entsprechende Vorschriften in den Verordnungen zur Rettung von Migranten in Seenot? Oder eine Kompetenz der EU in dieser Hinsicht?

- Nicht hinsichtlich des Grenzschutzes. Hatten wir schon. Da dieser nationale Aufgabe ist.
- Aber Int. Recht: Seerechtsübereinkommen. Ist aber völkerrechtlicher Vertrag, also kein EU-Recht.

Migration


Zuständigkeiten in der Europäischen Union
Kompetenzverteilung in der EU
Sport
Verbraucher-schutz
Forschung und Entwicklung
Währungspolitik
Außenhandelspolitik
Energie-politik
Landwirtschaft und Fischerei
Zivilschutz
Zollunion
Wettbewerbsrecht
Sozialpolitik
Sicherheits- und Verteidigungs-politik
Jugend
Kultur
Verkehr
Umweltpolitik
Bildung
Ausschließliche Zuständigkeiten der EU
Gemischte Zuständigkeiten EU und Mitgliedstaaten
Unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung
Bundeszentrale für politische Bildung, 2009, www.bpb.de

- **Kann die EU überhaupt etwas tun?**
- Die Verträge geben für die einzelnen Bereiche jeweils – allerdings recht allgemein formulierte – Ziele vor, auf die die Maßnahmen der EU ausgerichtet sein müssen. Alle Zuständigkeiten, die der EU nicht ausdrücklich in den Gründungsverträgen übertragen wurden, verbleiben bei den Nationalstaaten.
- Die Art der Kompetenzen, die die EU besitzt, kann sich je nach Politikfeld unterscheiden (Art. 2 AEUV). Die Formen von Zuständigkeiten orientieren sich dabei grob an den verschiedenen Formen von Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern im deutschen Grundgesetz:
- In Bereichen mit *ausschließlicher Zuständigkeit* der EU ist auch nur diese dazu berechtigt Recht zu setzen. Die Mitgliedstaaten dürfen hier nur tätig werden, wenn sie von der EU dazu ermächtigt werden. Die EU hat hier gegenüber ihren Mitgliedstaaten entsprechende Kompetenzen wie in Deutschland der Bund gegenüber den Ländern im Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung.
- In Bereichen mit *geteilter Zuständigkeit* können die Mitgliedstaaten Recht setzen, sofern und soweit die EU dies nicht getan hat. Das Verhältnis von EU und Mitgliedstaaten entspricht hier dem von Bund und Ländern im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung.

Migration

EU, was nun? - Exekutive

1. Handeln zur Vermeidung des Eindringens illegaler Zuwanderer?

⇒ Fehlanzeige: EU keine Legislativkompetenz und keine Agentur; es gibt keine EU-Grenzpolizei

⇒ Frontex?

2. Handeln zur Verteilung von Flüchtlingen

⇒ Fehlanzeige: EU keine Kompetenz; eigentlich ausgeschlossen wegen des Dublin-Abkommens; Verteilung nur auf freiwilliger Basis und entspr. Ratsbeschluss möglich

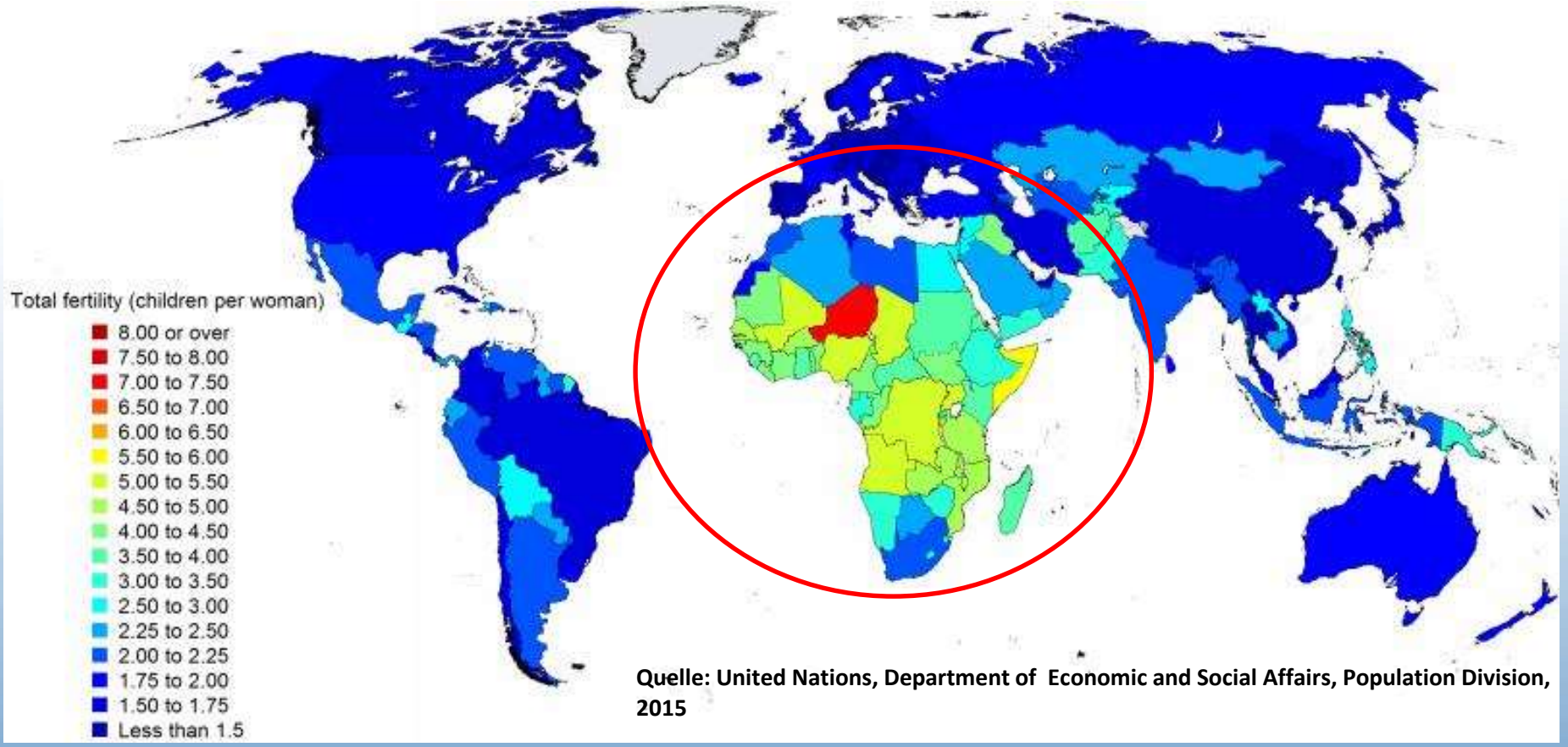
3. Handeln zur Seenotrettung:

=> Fehlanzeige: EU keine Kompetenz und keine eigenen Seenotrettungskräfte; haben nur die Mitgliedsstaaten; ferner: SRÜ kein EU-Recht

- Auf funktionaler Ebene kommen der Europäischen Kommission vor allem exekutive Aufgaben zu, die sie mithilfe ihres Beamtenapparats und durch mehrere Agenturen wahrnimmt. Außerdem ist die Kommission als „Hüterin der Verträge“ tätig: Sie wacht über deren Einhaltung ebenso wie über die Durchführung der EU-Rechtsakte in den Mitgliedstaaten und kann gegebenenfalls eine Vertragsverletzungsklage beim Europäischen Gerichtshof erheben.

Migration

Geburtenrate in Afrika



Quelle: United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division, 2015

→EU hat keine Grenzkompetenz, aber Fluchtursachenbekämpfung liegt im Kompetenzbereich der EU.
Fazit:
EU muss sich auf Bekämpfung von Fluchtursachen konzentrieren.

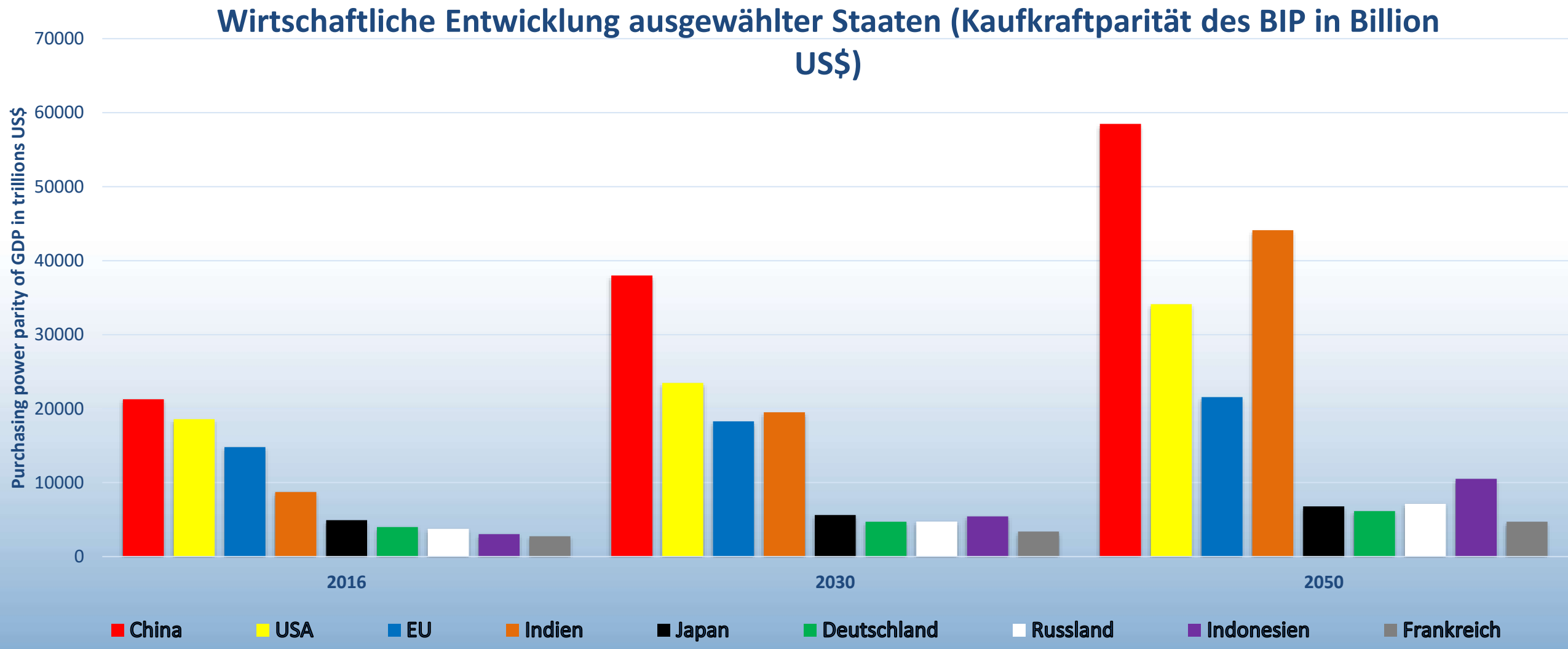
Brauchen wir Europa?

Die wichtigsten Volkswirtschaften weltweit, 2010-2050

1	USA	China	China	China
2	China	USA	USA	Indien
3	Japan	Indien	Indien	USA
4	Indien	Japan	Japan	Brasilien
5	Deutschland	Russland	Brasilien	Japan
6	Russland	Deutschland	Russland	Russland
7	Brasilien	Brasilien	Deutschland	Mexiko
8	GB	GB	Mexiko	Indonesien
9	Frankreich	Frankreich	Frankreich	Deutschland
10	Italien	Mexiko	GB	GB
	2010	2020	2030	2050

Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Brauchen wir Europa?

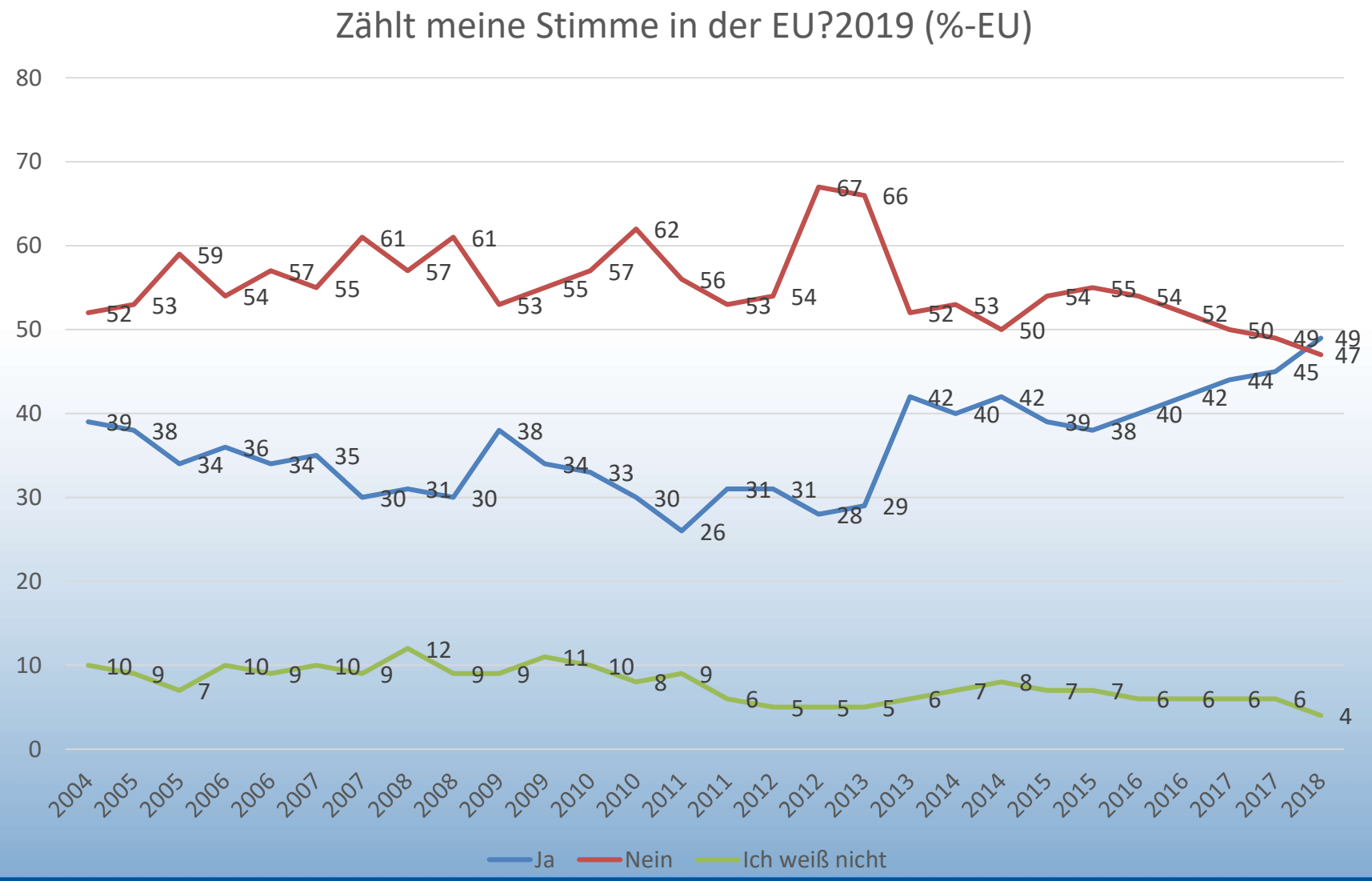


Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

Quelle: PWC, Eurostat

- Allein vom wirtschaftlichen Standpunkt ist eine Europäische Union unverzichtbar.
- Volkwirtschaften Europas werden im globalen Vergleich immer unbedeutender.
- Nur durch eine europäische Gemeinschaft kann man den Weltwirtschaftsmächten auf Augenhöhe begegnen.

Die Frage nach Demokratie



Dr. jur. Stefan Gehrold | Mitglied des Europäischen Parlaments| E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

NOCH FRAGEN???

KONTAKT

Europäisches Parlament
Rue de Wirtz 60
B-1047 Brussels, ASP 15 E 142
Tel: +32 2 28 38119

https://www.stefan-gehrold.eu

E-Mail: stefan.gehrold@ep.europa.eu

@StefanGehrold